

# NÖGEMEINDE

FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK



PFLEGEREGRESS

## FINANZIERUNG WEITER UNGEKLÄRT

80 JAHRE „ANSCHLUSS“

DRAMATIK IN  
BLAU-GELB

STEUERRECHT

WAS IST DER  
FAMILIENBONUS?

DER ONLINE-MARKTPLATZ FÜR GEMEINDEN

**KOMMUNALBEDARF.AT**



# JEDE **WOCHEN** NEUE **ZUCKERL**

Der Online-Marktplatz **KOMMUNALBEDARF.AT** hat sich im letzten Jahr zu einer der wichtigsten digitalen Beschaffungsstellen für Österreichs Gemeinden entwickelt. Nun gibt es mit den **Wochenzuckerln** wöchentlich wechselnde **Sonderangebote**. Es lohnt sich, öfter vorbeizuschauen.

Ein kleiner Vorgeschmack auf kommende Zuckerln:



statt €665,83  
**€599,90**  
exkl. MwSt.

#### KIGA- und Grundschul-Set

85-teiliges Spiel-, Sport- und Spaß-Set  
ca. 110 x 61 x 88 cm



statt €320  
**€284,90**  
exkl. MwSt.

#### Warnfigur OSCAR

reflektierendes Dreieck  
2-seitig (1x spiegelverkehrt)  
Breite ca. 50cm, Höhe ca. 120cm  
montiert auf Alu-Formrohr



statt €465  
**€390**  
exkl. MwSt.

#### Schaukasten „Info-Baum“

Gesamthöhe : ca. 2000mm  
Schaukasten: 750 x 750mm  
zur Wandmontage

**KOMMUNALBEDARF.AT** ist der Online-Marktplatz für Gemeinden – wir informieren Sie gerne, wie Sie ihn für sich nutzen können: Christian Sonnenberg, +43 1 / 532 23 88 40, [info@kommunalbedarf.at](mailto:info@kommunalbedarf.at)



## POLITIK

## 04 PFLGEREGRESS-AUS

GEMEINDEN WOLLEN GELD VOM BUND



## 06 BÜRGERMEISTER ÜBER DIE RESOLUTIONEN GEGEN DAS ENDE DER REGRESSMÖGLICHKEIT

## KOMMUNALINFO

## 16 80 JAHRE „ANSCHLUSS“ – DRAMATIK IN BLAU-GELB

## RECHT &amp; VERWALTUNG

## 20 WAS IST DER FAMILIENBONUS?



## 22 WIE GEMEINDEN MIT EINEM MESSIE-PROBLEM UMGEHEN SOLLTEN

## ERSTE ERFOLGE FÜR GEMEINDEN BEI ABSCHAFFUNG DES PFLGEREGRESSSES

Die Arbeit des Gemeindebundes und der Gemeinden tragen erste Früchte: 356 Gemeinden in Niederösterreich haben bereits die Resolution zur Abschaffung des Pflegeregresses in ihren Gemeinderäten beschlossen. Österreichweit sind 1.200 Gemeinden unserem Aufruf gefolgt, um die Regierung aufzufordern, die tatsächlichen Mehrkosten durch den Wegfall des Pflegeregresses abzugelten. Die zugesagten 100 Millionen Euro werden nur einen Bruchteil der zu erwartenden Kosten abdecken. Aber sie werden jetzt laut Zusage des Finanzministers in Kürze ausgezahlt. Allein in Niederösterreich werden die anfallenden Mehrkosten 52,5 Millionen Euro betragen. Auf unsere Hinweise auf den Stabilitätsvertrag und unser Recht zur Einforderung der Mehrkosten hat sich der Finanzminister umgehend mit einer erfreulichen Nachricht für die Gemeinden gemeldet: Hinsichtlich des Kostenersatzes für die Abschaffung des Pflegeregresses sollen die Differenzkosten der Bundesländer bis Juni vorliegen. Und zu diesen errechneten Kosten werde der Bund dann „stehen“, kündigte Finanzminister Hartwig Löger an. Die Gemeinden können demnach vorsichtig durchatmen. Ich hoffe, dass sich unser Einsatz gelohnt hat und wir damit auch ein deutliches Zeichen gesetzt haben. Denn es kann nicht sein, dass die Gemeinden immer als Ausfallshafter für den Bund dienen sollen. Der Bund muss endlich dazu stehen, auch die finanziellen Folgen für Gesetze zu tragen, die er beschließt. Dabei sind die Folgekosten für die Gemeinden durch die Abschaffung des Pflegeregresses nur eine von vielen künftigen kommunalen Herausforderungen.

Mit den Überlegungen, die Notstandshilfe in die Mindestsicherung zu verschieben, könnte eine neue Kostenlawine auf uns zukommen. Für uns völlig unvorstellbar. Dabei wissen wir nur zu gut, dass die Kosten gerade in der Mindestsicherung in den letzten Jahren explodiert sind und sich die Zahl der Bezieher von 2012 bis 2016 um 40 Prozent erhöht hat. Auch hier steuern die Gemeinden 30 bis 50 Prozent der Kosten bei.

Seitens des Gemeindebundes fordern wir die Bundesregierung daher umso mehr auf, für Maßnahmen, die sie beschließen auch die Finanzierungsverantwortung zu übernehmen und gleichzeitig die Beschlüsse mit hohen Kostenfolgen in der Zeit vor Wahlen zu stoppen.

BGM. MAG. ALFRED RIEDL, PRÄSIDENT

## SOZIALES UND FINANZEN

# PFLEGEREGRESS-AUS: GEMEINDEN WOLLEN GELD

GEFORDERT WIRD VOM BUND EIN ERSATZ DER KOSTEN, DIE DURCH DIE ABSCHAFFUNG DER REGRESSMÖGLICHKEIT ENTSTEHEN. JETZT WERDEN DIE KOSTEN BERECHNET.

Im Juni 2017 hat der Nationalrat die Abschaffung des Pflegeregresses beschlossen. Damit können die Bundesländer seit 1. Jänner 2018 nicht mehr auf das Vermögen von Personen, die in stationären Pflegeeinrichtungen betreut werden, zurückgreifen, um die Pflege zu finanzieren. Gleiches gilt für das Vermögen von Angehörigen und Erben. Die Pflegekosten müssen allerdings zu einem hohen Anteil von Ländern und Gemeinden aufgebracht werden und belasten die kommunalen Haushalte enorm. Die Gemeinden wollen daher deutlich mehr Geld vom Bund, um die Mehrausgaben zu kompensieren.

„Der Frust in den Gemeinden ist groß“, sagt Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl. „Wir haben Verträge mit dem Steuerzahler, dass wir nicht mehr ausgeben als wir einnehmen. Der Bund belastet die Gemeindefinanzen aber durch die Abschaffung des Pflegeregresses ohne ausreichende Abgeltung der Mehrkosten enorm. Wenn wir diese Verträge – Stabilitätspakt und Finanzausgleich – einhalten wollen, müssen wir andere Ausgaben zurückstellen. Das betrifft vor allem die Ermessensausgaben bei Straßen, Kinderbetreuungsausbau und anderen notwendigen Investitionen. Daher sind auch über die Hälfte aller Gemeinden unserer Aufforderung, Resolutionen zu beschließen, gefolgt. Die Gemeinden erwarten sich, dass die Regierung so rasch wie möglich eine Lösung findet“, so Riedl.

## AUSGABEN FÜR SOZIALES STEIGEN SEIT JAHREN

Die Bruttoausgaben der Länder und Gemeinden für die Langzeitpflege betragen aktuell rund 3,5 Milliarden Euro. Rund 40 Prozent davon (etwa 1,5 Milliarden Euro) stammen aus privaten Eigenleistungen wie etwa Pensionen, Beiträge oder Ersätze. Die Netto-Ausgaben von rund zwei Milliarden Euro teilen sich die Länder und Gemeinden

nach dem jeweiligen Sozialhilfegesetz auf, häufig 50:50.

Der Bereich der sozialen Wohlfahrt, der neben der Pflege vor allem auch die Mindestsicherung, die Jugendfürsorge und die Behindertenhilfe umfasst, gehört seit vielen Jahren zu den am stärksten steigenden Ausgabenbereichen in den kommunalen Budgets.

## EXPERTE MAZAL: „MENSCHEN WERDEN SCHNELLER INS PFLEGEHEIM GEHEN“

„Das Gesetz über die Abschaffung des Pflegeregresses wirft viele Fragen auf. Dies kann zu jahrelanger Rechtsunsicherheit führen, wenn nicht umgehend eine Novelle erfolgt“, fürchtet der Sozial- und Arbeitsrechtsexperte Univ.-Prof. Wolfgang Mazal. „Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass sich durch die Abschaffung des Vermögensregresses der Anteil der Menschen, die sich die Pflege selbst finanzieren, abnehmen wird und gleichzeitig Menschen schneller ins Pflegeheim gehen, weil sie sich die Pflege zu Hause ja weitgehend selbst zahlen müssten.“

## ZUGESAGTE 100 MILLIONEN DECKEN NUR BRUCHTEIL DER KOSTEN

„Wir wehren uns nicht gegen die sozialpolitische Dimension dieser Maßnahme. Der Bund hat aber durch diese Ho-Ruck-Aktion ohne Übergangsfristen und Begleitmaßnahmen ein funktionierendes Versorgungs- und Finanzierungssystem über Nacht kaputt gemacht. Dass die Länder und Gemeinden nun dafür die Zeche zahlen sollen, das sehe ich nicht ein. Die zugesagten 100 Millionen Euro werden nur einen Bruchteil der zu erwartenden Kosten abdecken und bringen den Stabilitätspakt in Gefahr“, warnt Gemeindebund-Chef Riedl. Die unmittelbaren Folgekosten sind mindestens doppelt so hoch. „Darin sind aber noch nicht die Folgeeffekte wie ein größerer Andrang in den Pflege-



„ES IST DAVON AUSZUGEHEN, DASS MENSCHEN SCHNELLER INS PFLEGEHEIM GEHEN WERDEN.“

SOZIAL- UND ARBEITSRECHTSEXPERTE  
WOLFGANG MAZAL

In allen Bereichen der Betreuung und Pflege gab es enorme Steigerungen in den Qualitätsansprüchen.

heimen und der daraus resultierende Ausbaubedarf eingerechnet“, so Riedl.

Gemeinebund-Vizepräsident Rupert Dworak ergänzt: „Wir haben in den vergangenen Jahren unsere Zielvorgaben im Stabilitätspakt immer eingehalten und diszipliniert gewirtschaftet. Das, obwohl uns von Bund und Ländern bereits in der Vergangenheit Aufgaben übertragen, aber nicht vollständig abgegolten wurden. Nun ist das Maß voll.“

- ▶ Diese zusätzlichen Aufgaben fallen in den sogenannten „grauen“ Finanzausgleich. Beispielsweise wurden die Kosten bei der Einführung des ersten kostenlosen Pflichtkindergartenjahres nicht vollständig abgegolten,
- ▶ beim Ausbau der Kleinkindbetreuung gab es nur Anschubfinanzierungen,
- ▶ die Ausgaben im Bereich Gesundheit und Pflege sind enorm gestiegen,
- ▶ im Bereich der ganztägigen Schulformen musste das Personal bereitgestellt werden und
- ▶ in allen Bereichen der Betreuung und Pflege gab es enorme Steigerungen in den Qualitätsansprüchen. So müssen die Gemeinden beispielsweise Zusatzkosten von rund 100 Millionen Euro jährlich alleine stemmen, wenn die Anschubfinanzierung für den Ausbau ganztägiger Schulformen 2025 endet.

### KONJUNKTUR IST NICHT IN DEN GEMEINDEBUDGETS ANGEKOMMEN

„2016 konnten wir den Stabilitätspakt noch einhalten. Für 2017 bereiten mir die ersten Rückmeldungen eher Anlass zur Sorge“, sagt Riedl. Durch die jüngste Steuerreform sind die Ertragsanteile eher verhalten gestiegen. Die gute Konjunktur ist daher nicht in den Gemeindebudgets angekommen. Sehr wohl angekommen sind aber die Steigerungen bei vielen unserer Ausgaben, auf die

Gemeinden keinen Einfluss haben – vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich.

„Wollen wir 2018 ausgeglichen budgetieren, müssen wir andere Ausgaben, zum Beispiel in der Erhaltung und Modernisierung der kommunalen Infrastruktur oder beim Ausbau der Kinderbetreuung, streichen. Schon in der Finanzkrise mussten wir bei den Ermessensausgaben auf die Bremse steigen. Werden aber Straßen nicht rechtzeitig saniert oder Investitionen in die Wasserversorgung aufgeschoben, wird es am Ende noch teurer.“

### 1200 GEMEINDEN BESCHLOSSEN RESOLUTIONEN

In den letzten Monaten haben nach Aufruf des Gemeinebundes mehr als 1200 Gemeinden Resolutionen beschlossen, um die Regierung aufzufordern, die tatsächlichen Mehrkosten durch den Wegfall des Pflegeregresses abzugelten.

„Das ist ein lauter Ruf, den die Regierung nicht überhören sollte. Wir haben mobilisiert und gezeigt, dass wir wie in der Vergangenheit mit einer Stimme sprechen“, mahnen die Gemeinebund-Spitzen Riedl und Dworak. Riedl fasst zusammen: „Seit 1. Jänner müssen die Länder und Gemeinden die steigenden Kosten tragen. Darum fordere ich die Regierung auf, sich schnellstens um einen Ersatz der tatsächlichen Kosten zu kümmern. Denn wer anschafft, der soll auch zahlen“, so Riedl.

### FINANZMINISTER LÄSST KOSTEN BERECHNEN

Finanzminister Hartwig Löger hat bereits auf den Appell des Gemeinebundes reagiert und kündigte an, dass bis Ende April die Kosten, die durch die Abschaffung der Regressmöglichkeit entstehen, berechnet werden. Zu diesen Kosten werde der Bund dann stehen, sicherte Löger zu. ■■



„WER ANSCHAFFT, DER SOLL AUCH ZAHLEN.“

GEMEINEBUND-PRÄSIDENT  
ALFRED RIEDL

STATEMENTS  
DER BÜRGERMEISTER  
SIEHE NÄCHSTE SEITE

# WARUM WIR DIE RESOLUTION BESCHLOSSEN HABEN

DER GEMEINDEBUND HATTE DIE GEMEINDEN DAZU AUFGERUFEN, RESOLUTIONEN ZU BESCHLIESSEN, UM GEGEN DIE ENTSCHEIDUNG ZUR ABSCHAFFUNG DES PFLEGEREGRESSSES VORZUGEHEN. DIE RESONANZ WAR GROSS: MIT MEHR ALS 1200 GEMEINDEN HABEN MEHR ALS DIE HÄLFTE DER ÖSTERREICHISCHEN KOMMUNEN IM GEMEINDERAT DIE RESOLUTIONEN BESCHLOSSEN.



BGM. HERBERT PRINZ  
ZWETTL

## „VERHANDELN, BIS MAN ZU EINEM ERGEBNIS KOMMT“

„Uns geht es darum, dass neue Verhandlungen angestoßen werden, um die Kosten, die im Raum stehen, zu hinterfragen. Wenn die Summen, die derzeit genannt werden, stimmen, sind die Zusatzkosten für die Gemeinden nicht zu stemmen.

Wer den Pflegeregress abschafft, der muss sich ja Gedanken darüber gemacht haben, wie Pflege in Zukunft finanziert werden soll. Es kann nicht sein, dass wir Gemeinden da alleine gelassen werden. Wenn es wirklich keine Einigung gibt, sollten wir Gemeinden uns über die weitere Vorgehensweise abstimmen. Ich bin immer dafür, so lange zu verhandeln, bis man zu einem Ergebnis kommt.“

## KEINE BESCHLÜSSE MIT HOHEN KOSTENFOLGEN IN DER ZEIT VOR WAHLEN

Schon 2008 wurden wenige Tage vor der Nationalratswahl Beschlüsse gefasst, die etwa 4,3 Milliarden an Kosten verursachten. 2017 war es wieder soweit. Die Beschlüsse der letzten Nationalratssitzungen vor der Wahl hatten Kosten von rund 800 Millionen Euro zur Folge. „Es ist positiv, dass die Regierung nun in ihrem Programm festgeschrieben hat, solche Beschlüsse gesetzlich zu verhindern. Das sollte auch umgesetzt werden, um ähnliche Situationen in Zukunft zu verhindern“, fordert Riedl.

## WER ANSCHAFFT, SOLL AUCH ZAHLEN

Zusätzlich entstehende Kosten, wie das Verbot des Vermögensregresses in der stationären Pflege, wurden im Finanzausgleich nicht mitvereinbart oder gar eingerechnet. Können die Gemeinden den Stabilitätspakt nicht einhalten, drohen Sanktionen bei Nicht-Einhaltung der Budgetziele.

Der paktierte Kostendämpfungspfad in der Pflege sieht maximale Steigerungen von 4,6 Prozent vor. In einigen Bundesländern liegen die prognostizierten Steigerungen der Pflege und Sozialhilfekosten aber im zweistelligen Bereich. Das kann sich nicht ausgehen. Daher fordert der Gemeindebund-Präsident ein Ende von zusätzlichen Kosten zulasten Dritter. Riedl: „Die Gemeinden haben es satt, als Ausfallshafter für den Bund zu dienen. Mit den Resolutionen haben wir bewiesen, dass wir uns das nicht länger gefallen lassen. Der Bund muss endlich auch die finanziellen Folgen für Gesetze tragen, die er beschließt.“



BGM.  
CHRISTOPH KAINZ  
PFAFFSTÄTTEN

## „KEIN DRÜBERFAHREN ÜBER DIE GEMEINDEN“

Die Abschaffung des Pflegeregresses durch die Bundesregierung und die daraus entstehenden Mehrkosten für die Gemeinden – die Fakten sind bekannt – rührt einmal mehr an einem grundsätzlichen Problem: Es kann nicht sein, dass der Bund einseitig Maßnahmen setzt, die von den Gemeinden zu finanzieren sind. Ohne diese vorher einzubinden.

Der Wegfall des Pflegeregresses belastet nicht nur die Gemeindefinanzen, sondern bringt auch den Stabilitäts-pakt ins Wanken. Das haben wir bereits bei der seinerzeitigen Abschaffung der Getränkesteuer erlebt, zuletzt beim Gemeindebeitrag zur Mindestsicherung. Kein Pflegeregress bedeutet klarerweise, dass die Hemmschwelle, einen Pflegeplatz anzustreben, dramatisch sinkt und die Kosten für die Gemeinden entsprechend steigen.“



BGM.  
ANTON FISCHER  
KARLSTETTEN

## „DAS WÄRE FÜR UNS EIN WAHSINN“

„Ich bin kein Befürworter der Abschaffung des Pflegeregresses, weil damit die Eigenverantwortung zurückgedrängt wird. Daher war für mich der Beschluss reine Wahlkampf-taktik, um Sebastian Kurz nicht soziale Kälte vorwerfen zu können. Dennoch haben wir die Resolution als Vorsichtsmaßnahme beschlossen. Unsere Gemeinde ist eine Zuwanderungsgemeinde, wir haben andere Sorgen als die Pflege. Wir brauchen einen neuen Kindergarten, eine neue Schule und einen neuen Sportplatz. Die Kosten im Bereich der Pflege kann ich für meine Gemeinde schwer abschätzen. Auch die Bürger haben die Konsequenzen noch nicht begriffen. Wir haben derzeit 50 Personen, die in privater 24-Stundenbetreuung sind. Das kostet die Gemeinde gar nichts. Wenn diese Kosten die Gemeinde übernehmen müsste, wäre es für uns ein Wahnsinn, das wären 50 mal 4000 Euro pro Monat. Tatsache ist, dass die Leute zuhause in den eigenen vier Wänden gepflegt werden wollen und auch zuhause sterben wollen.“



BGM.  
MICHAEL  
HÜLMBAUER  
FERSCHNITZ

## „KOSTEN LASSEN SICH NOCH NICHT ABSCHÄTZEN“

„Es kann nicht sein, dass der Bund Gesetze beschließt, die die Gemeinden dann finanzieren müssen. Da spielen wir in Zukunft nicht mehr mit. Deswegen haben wir auch die Resolution zum Pflegeregress im Gemeinderat beschlossen. Generell haben wir ja nichts gegen die Abschaffung des Pflegeregresses. Für die Gemeinde können wir allerdings nicht abschätzen, welche Kosten auf uns zukommen.

Dazu kommt, dass die wenigsten Leute bisher überhaupt registriert haben, was die Folgen der Abschaffung des Pflegeregresses bedeuten. Für uns als Gemeinde wäre es hilfreich, endlich zu erfahren, womit wir hier rechnen müssen und wie wir das alles finanzieren sollen.“



BGM.  
CHRISTIAN FRANK  
HERRNBAUMGARTEN

## „VOR BESCHLÜSSEN ÜBER DIE FINANZIERUNG REDEN“

„Die Gemeinden müssen immer zuschauen, wenn im Bund etwas beschlossen wird, werden vor vollendete Tatsachen gestellt und dürfen dann zahlen auch noch. Für eine Gemeinde wie Herrnbaumgarten, die wenig Einnahmen, weil geringe Kommunalsteuer, aber große Ausgaben hat, ist das eklatant.

Darüber hinaus würde ich es begrüßen, wenn künftig zuerst über die Finanzierung gesprochen wird, bevor ein Gesetz beschlossen wird. Ich bin durchaus gespannt darauf, ob uns der Herr Finanzminister nähere Details über die Kosten im Juni vorlegt. Wir haben zwar im Nachbarort ein Pflegeheim, können aber für unsere Gemeinde die Kosten aus der Abschaffung des Pflegeregresses absolut nicht abschätzen. Ich erwarte mir natürlich einen 100-prozentigen Kostenersatz, glaube aber, dass es nicht realistisch ist.“

## DEREGULIERUNG

# SCHLANKE VERWALTUNG UND KLARE KOMPETENZEN

IN NIEDERÖSTERREICH TRAT AM 1. FEBRUAR EIN UMFASSENDES DEREGULIERUNGSPAKET IN KRAFT. AUCH AUF BUNDESEBENE GIBT ES BESTREBUNGEN ZUR RECHTSBEREINIGUNG.

Am 1. Februar ist in Niederösterreich ein umfassendes Deregulierungspaket in Kraft getreten, durch das 80 Bestimmungen in 24 Landesgesetzen geändert bzw. aufgehoben wurden. „Durch die im Dezember im Landtag beschlossene Sammelnovelle wurden einerseits nicht notwendige Vorschriften eliminiert. Andererseits wurde das E-Government ausgebaut, sodass künftig in gewissen Verfahren Urkunden – etwa Grundbuchsätze – nicht mehr vorgelegt werden müssen, wenn diese von der Behörde über ein elektronisches Register abgefragt werden können. Zudem wurde in einigen Gesetzen die Ermächtigung geschaffen, dass bestimmte Vorhaben, zum Beispiel Stromerzeugungsanlagen, durch Verordnung bewilligungsfrei gestellt werden können. Durch diese Neuerungen ersparen sich die Bürgerinnen und Bürger im Endeffekt Zeit, Geld und Behördenwege“, erklärt Klubobmann Klaus Schneeberger, der auch unterstreicht, dass die ab Herbst mögliche Beantragung von Reisepässen und Personalausweisen auf den Gemeindeämtern zu mehr Bürgerservice führt (siehe auch Seite 24).

## RECHTSBEREINIGUNG AUCH AUF BUNDESEBENE GEPLANT

Auch auf Bundesebene gibt es Bestrebungen, im Zuge einer umfangreichen Rechtsbereinigung überflüssige Gesetze aufzuheben. Schneeberger begrüßt die Pläne der Bundesregierung: „Wichtig ist, dass auf allen Ebenen ein kontinuierlicher Bürokratieabbau stattfindet, denn Deregulierung ist ein laufender Prozess, den es nicht nur im Land zu verfolgen gilt. Klar ist, dass eine effiziente Verwaltung Einsparungspotentiale für die Gebietskörperschaften bringt.“ Auch beim so genannten „Gold-Plating“, also der überschießenden Umsetzung von unionsrechtlichen



Klubobmann Klaus Schneeberger spricht sich für eine klare Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern und die Beseitigung von Doppelgleisigkeiten aus.

„WICHTIG IST,  
DASS AUF ALLEN  
EBENEN EIN  
KONTINUIERLICHER  
BÜROKRATIE-  
ABBAU STATT-  
FINDET.“

VP-KLUBOBMANN  
KLAUS SCHNEEBERGER

Vorgaben im nationalen Recht, sind sich Bund und Land NÖ einig, dass es eine Reduktion braucht, da man sich ansonsten selbst übermäßigen Verwaltungsaufwand aufbürdet.

## KLARE KOMPETENZVERTEILUNG OHNE DOPPELGLEISIGKEITEN

Ein weiterer zentraler Bereich, den Bund und Länder in Angriff nehmen wollen, ist die Neuordnung der Kompetenzen. Seitens der Länder wurde hier bereits die ersatzlose Streichung des Artikels 12 B-VG, der die Grundsatzgesetzgebung des Bundes und die Ausführungsgesetzgebung der Länder betrifft, vorgeschlagen. Die Kompetenzen in diesen Bereich sollen dann neu zugeteilt werden. „Es bedarf gemeinsamer Anstrengungen von Bund und Ländern, um die Kompetenzverteilung derart zu gestalten, dass die Aufgaben klar zugeordnet und unnötige Doppelgleisigkeiten beseitigt werden“, betont dazu Klubobmann Schneeberger. ■■

GEMDAT NÖ

# WEBOFFICE PLUS: GIS-DATEN IN ECHTZEIT

MIT WEBOFFICE PLUS PRÄSENTIERT DIE GEMDAT NIEDERÖSTERREICH ANLÄSSLICH IHRER FACHMESSE VOM 17. BIS 19. APRIL EINE LÖSUNG, DIE BEREITS JETZT FURORE IN DER KUNDENBASIS MACHT: ALLE SACHDATEN KÖNNEN AB SOFORT LIVE UND DYNAMISCH IM GIS ABGEBILDET WERDEN.

Um dies zu ermöglichen, wurde in eine eigene GIS-Plattform im DataCenter der gemdat investiert, wo die Lösung k5 Verfahren als zentrale Drehscheibe für alle Sachdaten und deren laufende Aktualisierung aus k5 Finanz, den diversen Registern und anderen Datenquellen fungiert.

Mit WebOffice sichten und editieren bereits über 100 Gemeinden in Niederösterreich ihre Geodaten. Alle benötigten Datenebenen wie Flächenwidmungsplan, Orthofotos oder Leitungskataster stehen über eine einfach bedienbare Benutzeroberfläche per Browser direkt im Web beziehungsweise mobil über Tablet oder Smartphone im Zugriff. Die Integration von Sachdaten erfolgte bisher mit einigem Aufwand und einer damit verbundenen Zeitverzögerung.

Mit dem neuen WebOffice Plus stehen alle hinterlegten Sachdaten zu Eigentümern,

„PER MAUSKLICK KANN DIE PLANDARSTELLUNG MIT EIGENTÜMER- ODER MELDEDATEN BESCHRIFTET WERDEN.“



gemdat NÖ  
☎ 02262/690-0

Grundstücken, Abgaben etc. dynamisch zur Verfügung, können beliebig abgefragt, analysiert und dargestellt werden.

So können jetzt beispielsweise alle Grundstücke mit laufenden Bauverfahren in Echtzeit am Plan angezeigt werden. Dabei müssen die GWR-Adressen nicht mehr manuell aufbereitet werden, denn die Daten werden über k5 Verfahren automatisch mit dem AGWR abgeglichen. Per Mausclick kann die Plandarstellung mit Sachinformationen wie Eigentümer oder Meldedaten beschriftet werden.

Dank der Integration mit k5 Finanz werden alle Adressen, an denen Abgaben entrichtet werden, angezeigt. Somit ist es umgekehrt auch möglich, gemeldete Personen, die keine Abgaben entrichten, abzufragen, um allfälligen Unterlassungen auf den Grund gehen zu können. ■■



## FACHMESSE

17. - 19. April 2018 | 09.00 - 17.00 Uhr

2100 Korneuburg | Girakstraße 7

www.gemdatnoe.at | gemdat@gemdatnoe.at

## SCHUTZ UND HILFE

# ERFOLGREICHE BILANZ DER BLAULICHTORGANISATIONEN

DIE NIEDERÖSTERREICHISCHEN BLAULICHTORGANISATIONEN – VON DER FREIWILLIGEN FEUERWEHR, ÜBER DIE RETTUNGSORGANISATIONEN BIS HIN ZUR POLIZEI – HABEN AUCH IM VERGANGENEN JAHR WIEDER EINDRUCKSVOLL IHRE PROFESSIONALITÄT UND EINSATZBEREITSCHAFT UNTER BEWEIS GESTELLT.

Gemeinsam mit dem Land Niederösterreich können die Blaulichtorganisationen man nicht nur auf ein einsatzreiches Jahr 2017 zurückblicken, sondern auch auf positive Veränderungen und Reformen, die gemeinsam erreicht wurden.

## Mehrwertsteuer- .RÜCKVERGÜTUNG FÜR FREIWILLIGE FEUERWEHREN

Im Bereich der Freiwilligen Feuerwehren hat das Land Niederösterreich eine Vorreiterrolle eingenommen und hat – als bislang einziges Bundesland – die Rückvergütung der Mehrwertsteuer für gesetzlich vorgeschriebene Einsatzfahrzeuge beschlossen. Im Vorjahr habe diese für 86 Feuerwehren in Niederösterreich eine Ersparnis von insgesamt drei Millionen Euro gebracht (siehe auch Seite 15).

## JUBILÄUM: 15 JAHRE „144 NOTRUF NÖ“

Sieben Tage die Woche, 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr koordinieren die Expertinnen und Experten von „144 Notruf NÖ“ Rettungseinsätze und Krankentransporte. Mehr als vier Millionen Kundenkontakte wurden im vergangenen Jahr bearbeitet und dabei mehr als 290.000 Rettungseinsätze eingeleitet, davon 4.000 mittels der Christophorus-Flugrettung. 2003 gegründet – hat sich Notruf NÖ in den vergangenen 15 Jahren zur Drehscheibe verschiedener Rettungsorganisationen und Beratungseinrichtungen entwickelt. So befinden sich unter dem Dach des Notruf NÖ, nicht nur die Schnittstelle zum Roten Kreuz und ASBÖ, sondern auch der NÖ Ärztedienst, die telefonische Gesundheitsberatung 1450 sowie die Verbindung zur Berg-, Höhlen- und Wasserrettung, den Suchhunden und den Psychologen und Psychotherapeuten des AKUTteam NÖ. Das größte Projekt im Jahr 2018 wird das „paperless event“ sein. Damit werde es nicht mehr notwendig sein,



FOTO: NLK FILZWIESER

Präsentierten die Einsatzbilanz der Freiwilligen Feuerwehren im Jahr 2017: Landesfeuerwehrkommandant Dietmar Fahrafellner, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf

**MEHR ALS VIER MILLIONEN KUNDEN-KONTAKTE WURDEN IM VERGANGENEN JAHR VON „144 NOTRUF NÖ“ BEARBEITET.**



dass Sanitäter handschriftlich Transportberichte oder Patientendokumentationen auf Papier durchführen müssen.

## SICHERHEIT IN NIEDERÖSTERREICH AUF TOP-NIVEAU

Anhand der Rohdaten der Kriminalstatistik 2017 konnte bereits Anfang Jänner Bilanz über die Sicherheit in NÖ gezogen werden. Mit 71.391 Anzeigen im vergangenen Jahr, wurde der niedrigste Kriminalitäts-Wert seit zehn Jahren erreicht. Bis auf die Bereiche Internetbetrug und Cybercrime, sind alle Deliktgruppen rückläufig. Mit einem Minus von 6,2 Prozent wurde der zweithöchste Rückgang aller Bundesländer verzeichnet, womit Niederösterreich mittlerweile das zweitsicherste Bundesland in einem der sichersten Staaten weltweit ist. ■■

## MASCHINENRING

# GEPFLEGTE GÄRTEN – DIE VISITENKARTE DER GEMEINDE

DER FRÜHLING NAHT UND SOMIT IST ES WIEDER AN DER ZEIT, GÄRTEN UND ERHOLUNGSFLÄCHEN NEU ZU PLANEN, ZU GESTALTEN, ZU RENOVIEREN ODER NEU ANZULEGEN. MIT VIEL WISSEN UND LIEBE ZUM DETAIL VERWANDELN DIE MASCHINENRING-GARTENEXPERTEN DIE GRÜNFLÄCHEN IHRER GEMEINDE IN WAHRE OASEN FÜR IHRE BÜRGERINNEN UND BÜRGER!

Der Kreativität sind in der Gartengestaltung keine Grenzen gesetzt. Überraschen Sie Ihre Bürgerinnen und Bürger mit einer ungewöhnlichen Gartenwelt, etwa im asiatischen Stil, lassen Sie Ihre Grünflächen modern mit geometrischen Formen und dezenten Farbgebungen veredeln oder setzen Sie Akzente mit Wasserspielen oder atmosphärischen Lichtkonzepten. Traditionelle Bauerngärten sind ebenso beliebt wie parkähnliche Anlagen, in denen sich die Menschen erholen und sich am Grün erfreuen können.

Ob es um kleine, einzelne Grünflächen oder um große Außenbereiche von Wohnhausanlagen, Kindergärten oder Schulen geht: Die Experten des Maschinenring setzen Ihre Ideen und Wünsche kreativ um.

## KOSTEN SPAREN UND REGELMÄSSIGE ARBEITEN AUSLAGERN

Neben der Gestaltung von öffentlichen Grünflächen übernimmt der Maschinenring natürlich auch die laufende Pflege derselben. Dabei bestimmen Sie selbst ganz flexibel, wann, wie oft und wie intensiv Sie unsere Pflegedienste wie Rasenmähen, Heckenschnitt oder Neubeplantungen in Anspruch nehmen wollen. Ihr Vorteil: Sie müssen kein Personal zum Unkrautjäten abziehen und sparen sich den Ärger mit eventuell defekten Rasenmähern oder einem anderen Arbeitsgerät.

## NATUR IM GARTEN: 100 % ÖKOLOGISCHE BESEITIGUNG VON UNKRAUT

Der Maschinenring ist Natur im Garten-Partnerbetrieb – so arbeiten wir auf Wunsch selbstverständlich ohne jegliche synthetische Düngemittel, ohne Torf und Pestizide. Aber nicht nur in der Gartengestaltung und -pflege, sondern auch bei der Unkrautbekämpfung



Neben der Gestaltung von öffentlichen Grünflächen übernimmt der Maschinenring natürlich auch die laufende Pflege.

„DIE EXPERTEN DES MASCHINENRING SETZEN IHRE IDEEN UND WÜNSCHE KREATIV UM.“



vertrauen wir auf eine naturnahe, ökologische Variante: Mit der Heißschaum-Methode – 100 Prozent herbizidfrei – sind Sie auf der sicheren Seite, wenn es um die Pflege von Spielplätzen, Pflaster-, Kies- und Schotterwegen, Friedhöfen und Straßenrändern geht. Unser Gartenbau-Team sowie die Gärtnermeister sind bestens geschult und beraten Sie kompetent.

Die „Profis vom Land“ sorgen dafür, dass die öffentlichen Grünflächen Ihrer Gemeinde nach dem Winter wieder richtig in Schuss kommen und erledigen alle großen Arbeiten für die noch junge Gartensaison! ■■

Maschinenring-Service NÖ-Wien

☎ 059060-300

✉ [service.noe@maschinenring.at](mailto:service.noe@maschinenring.at)

🌐 [www.maschinenring.at](http://www.maschinenring.at)



## INFORMATIONSVORANSTALTUNG

# EINEN BLICK IN DIE ZUKUNFT WERFEN

BEI 15 AUSSTELLUNGSTAGEN IM JÄNNER BESUCHTEN ÜBER 2.000 PERSONEN DIE „ROADSHOW DIGITALISIERUNG“ VON WALTER KIRCHLER

Die Digitalisierung ist aus der Wirtschaft, der Arbeitswelt und dem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken. Daher ist es wichtig, die breite Bevölkerung von den Chancen der Digitalisierung zu informieren, neue Einsichten zu bieten und neue Perspektiven aufzuzeigen.

Aus diesen Überlegungen wurde die „Roadshow zum Thema Digitalisierung“ entwickelt, eine interaktive Show mit hohem Erlebniswert: So kann man mit einer Virtual Reality Brille einen Flug über Niederösterreich machen, weiters gibt es einen 3D-Drucker und mittels Zukunftsanimation kann man in die Arbeitswelt des Jahres 2041 blicken.

## GROSSES INTERESSE DER BEVÖLKERUNG

Im Jänner wurden seitens der NÖ.Regional GmbH 15 Ausstellungstage in Niederösterreich organisiert – und die Zahlen sind beeindruckend: über 2.000 Besucher, davon ca. 1.000 Schüler, und dies bei meist schlechten Witterungsverhältnissen.

Die Bewertung der Ausstellung ergab folgendes Ergebnis: 85 Prozent sehr positiv, 12 Prozent positiv, ein Prozent mittel und lediglich zwei Prozent gingen mit einem negativem Gefühl nach Hause.

Für Landesrätin Petra Bohuslav sind diese Zahlen Beweis, dass mit der so konzipierten Roadshow das Thema „Digitalisierung“ zu den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen transportiert werden kann und entsprechende Diskussionen in Schulen und Gemeinden stattfinden.

## WEITERE TERMINE GEPLANT

Für die Roadshow sind insgesamt 50 Veranstaltungstage vorgesehen. Aufgrund des hohen Interesses der Gemeinden wird sich die NÖ.Regional bemühen, die Zahl der Veranstaltungstage zu erhöhen. ■■



Für Landesrätin Petra Bohuslav ist der Besucherandrang Beweis, dass mit der so konzipierten Roadshow das Thema „Digitalisierung“ zu den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen transportiert werden kann

## JETZT MITMACHEN

Wenn die Ausstellung auch in Ihrer Gemeinde haltmachen soll, damit Schülerinnen und Schüler sowie Erwachsene die Möglichkeit haben, sich mit den Themen der Digitalisierung auseinanderzusetzen, dann melden Sie sich bitte unter der unten angeführten E-Mail-Adresse.

 [office@noeregional.at](mailto:office@noeregional.at)

# Ihre Gemeinde erblüht!

Wir gestalten und pflegen Gärten und Außenbereiche

Ob Kindergarten, Schule, kleiner Innenhof-Garten, Spielplatz oder Liegenschaftsaußenbereich: Gärten und Grünflächen sind die Visitenkarte Ihrer Gemeinde. Wir setzen kreativ um, was Sie sich für Ihre BürgerInnen wünschen! Wir sanieren Rasenflächen, übernehmen Bepflanzung und Pflege Ihrer Anlagen.

Maschinenring-Service Niederösterreich-Wien  
18x in Niederösterreich

service.noe@maschinenring.at  
Finden Sie Ihren regionalen  
Ansprechpartner auf  
[www.maschinenring.at](http://www.maschinenring.at)

Infos unter  
**059060-300**  
Gartengestaltung  
Grünraumpflege

Die Profis  
vom  
Land



Maschinenring

Maschinenring-Service NÖ-Wien eGen

## DIE NEUEN RECHNUNGSLEGUNGSVORSCHRIFTEN IM FOKUS

EINLADUNG ZUM 17. BÜRGERMEISTERTAG IN ST. PÖLTEN

Das Team der NÖ Gemeindeberatung veranstaltet auch dieses Jahr wieder den Bürgermeistertag für Mitarbeiter, Führungskräfte und politische Mandatäre aller niederösterreichischen Gemeinden. Termin des 17. Bürgermeistertags ist der 15. Mai, 9 Uhr im Landtagssitzungssaal im Landhaus St. Pölten. Einen wesentlichen Schwerpunkt bilden die rechtlichen und politischen Kernaussagen zu den neuen Rechnungslegungsvorschriften der VRV 2015 in der novellierten Fassung. Einen weiteren wesentlichen Themenblock umfassen die steuerlichen Fragen im Zusammenhang mit den im Regierungsprogramm angeführten Vorhaben wie z.B. Breitband oder Baulandmobilisierung, etc. Die für Gemeinden rele-



Bereits traditionell findet der Bürgermeistertag im Landtagssitzungssaal statt.

vanten Fragestellungen im Zusammenhang mit Finanzierungen und der allgemeinen Konjunktur bilden wie gewohnt den dritten wesentlichen Schwerpunkt. Abgerundet wird der 17. Bürgermeistertag 2018 durch den Vortrag von Frau Landeshauptfrau Mag. Johanna

Mickl-Leitner rund um aktuelle Themen der niederösterreichischen Gemeinden.



**ANMELDUNG**

**NÖ Gemeindeberatung, Helga Navratil**

☎ **02742/321 86**

✉ **office@noebg.at**

## PORTRAIT

# UMWELTANWALT, MEDIATOR, PROBLEMLÖSER

DIE VIELEN SEITEN DES THOMAS HANSMANN

VON FRANZ OSWALD

Wer einen Umweltschlichter als staubtrockenen Juristen erwartet, wird im Fall des niederösterreichischen Umweltschlichters angenehm und positiv, jedenfalls vom Gegenteil überrascht: Thomas Hansmann, seit 2014 Umweltschlichter des Landes, erweist sich im Gespräch, vor allem aber in seiner Praxis, als höchst vielseitig, eloquent und – über seine eigentliche Aufgabe hinaus – in vielen Materien beschlagen. Abzulesen an seiner umfassenden Ausbildung und seinem Berufsweg. Am 18. Februar 1969 in Wien geboren, studierte er nach dem Gymnasium Jus und absolvierte ein betriebliches Aufbaustudium, das er mit dem „Master“ abschloss. Seine Kernkompetenz ist die eines Mediators, Krisenmanagers und Supervisors mit psychotherapeutischem Einschlag. Genau richtig für die Arbeit eines Umweltschlichters.

## VIELSEITIG BERUFSTÄTIG

So weit war Thomas Hansmann aber noch lange nicht, er sammelte davor noch eine weitläufige Berufserfahrung: so in einem Fachverlag, als Vorstand in einem Industriebetrieb, als Geschäftsführender Gesellschafter einer Beraterfirma sowie als Unternehmer in dieser Branche. In seinen Tätigkeitsbereich fielen auch mannigfache Kontakte mit dem Land Niederösterreich, auf dessen Einladung bewarb er sich gegen Konkurrenz erfolgreich um den Umweltschlichter. Diese per 1. August 2014 angetretene Funktion musste er ohne Übergabe und Einführung übernehmen, da sein Vorgänger einige Monate zuvor überraschend verstorben war.

## WEISUNGSFREIHEIT ALS BERUFSVORAUSSETZUNG

„Es war ein deutlicher Paradigmenwechsel, mir war aber die Weisungsfreiheit des Umweltschlichters ganz wichtig. Das ist ein hoch sensibler, hoch komplexer Job. Am wichtigsten ist – anders als bei den NGOs –,



„EINE INTAKTE  
GESPRÄCHSBASIS

NACH ALLEN SEITEN  
IST MIR WICHTIG.“



die Interessen der Umwelt und der Wirtschaft aufeinander abzustimmen, zu versöhnen, dafür möglichst zu sorgen, dass diese Generallinie auch in die Gesetze einfließt“, umreißt Hansmann das Wesen seiner Tätigkeit. Er will als Problemlöser, der in Abstimmung mit der politischen Landesspitze das Gesamtwohl Niederösterreichs im Auge hat, gesehen werden. „Niederösterreich ist Naturland und Wirtschaftsstandort gleichermaßen, da gilt es als Mediator abzuwägen und auszugleichen. Meist werden die Probleme in 'runden Tischen' angegangen und nach Möglichkeit gelöst. Eine intakte Gesprächsbasis nach allen Seiten ist mir wichtig“, verweist der Umweltschlichter auf seine Verhandlungslinie.

## UMSTRITTENE ENTSCHÄDIGUNGSFRAGE

Was Gemeinden betrifft, so nennt der Umweltschlichter beispielsweise die Nutzung der Windkraft, Grundwasserprobleme oder Baumhaftung. Die Entschädigungsfrage ist oft umstritten. Hier schlägt Hansmann die Schaffung eines Entschädigungsfonds durch den Bund vor. „Der muss nicht hoch dotiert sein“, so Hansmann, „würde aber viel Streitpotential vermeiden.“ Ebenfalls Richtung Bund stellt sich der Umweltschlichter deutlich gegen die Absicht, die Endrohrmessung bei der PKW-Prüfung aufzugeben, wie es das Verkehrsministerium derzeit plant. Die Gefahr eines wesentlich erhöhten CO<sub>2</sub>-Ausstosses sei zu groß.

## BEGEISTERTER ROCKSÄNGER

Privat ist Thomas Hansmann, demnächst in Purkersdorf wohnhaft, Vater von zwei Söhnen. Der Umweltschlichter hat ein bemerkenswertes Hobby, das so ganz zu seiner vielschichtigen Persönlichkeit passt: Er ist begeisterter Sänger in einer Rockband. ■■



Print  
is our  
passion

## Gutenberg Druck



Gutenberg Druck GmbH

2700 Wiener Neustadt | Johannes-Gutenberg-Straße 5 | Tel. 02622/282 61-0

[www.gutenberg-druck.at](http://www.gutenberg-druck.at)

## FEUERWEHREN RETTETEN 2.395 MENSCHENLEBEN

HERVORRAGENDE EINSATZBILANZ VON NIEDERÖSTERREICHS FREIWILLIGEN FEUERWEHREN

Die fast 99.000 Mitglieder von Niederösterreichs Freiwilligen Feuerwehren wurden im Jahr 2017 zu insgesamt 65.270 Einsätzen gerufen. Bei Unfällen, Bränden und Katastrophen wurden 2.395 Menschenleben gerettet. Insgesamt wurden von den Feuerwehr-Mitgliedern rund 7,9 Millionen ehrenamtliche Arbeitsstunden geleistet, etwa bei Einsätzen, aber auch bei Übungen und in der Aus- und Weiterbildung. „Bei einem Stundenlohn von 20 Euro ergibt das 160 Millionen Euro, die sich der Steuerzahler durch den Einsatz der Feuerwehrmitglieder erspart“, sagte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner bei der Präsentation der Einsatzbilanz der Freiwilligen Feuerwehren. Die Zusammenarbeit zwischen dem Land Niederösterreich und den



FOTO: SHUTTERSTOCK/  
FRITZ16

Feuerwehren funktioniere hervorragend, betonte Mikl-Leitner. Als Beispiel nannte sie etwa die Rückvergütung der Mehrwertsteuer, die seitens des Landes beschlossen wurde. Im Vorjahr habe diese für 86 Feuerwehren in Niederösterreich eine Ersparnis von insgesamt drei Millionen Euro gebracht. Es handle sich

Rund 7,9 Millionen ehrenamtliche Arbeitsstunden wurden im Jahr 2017 von den Feuerwehr-Mitgliedern geleistet.

dabei um eine Regelung des Landes Niederösterreich, die man auch weiterhin auf Bundesebene einfordern werde, so Mikl-Leitner. Weiters nannte die Landeshauptfrau die Gratis-Hepatitis-Impfung für Feuerwehrleute und die Eröffnung der Atemschutz-Werkstätte am Gelände der Feuerweherschule in Tulln.

## GESCHICHTE

# VOR 80 JAHREN: DRAMATIK IN „BLAU-GELB“

DER MÄRZ 1938 IN NIEDERÖSTERREICH. WIE ES ZUM „ANSCHLUSS“ KAM. VON FRANZ OSWALD

Im März ist es 80 Jahre her, dass Österreich, und damit Niederösterreich, gewaltsam an das Deutsche Reich angeschlossen wurde. Die Heimat des „Führers“ kehrte „heim ins Reich“ – dies dreifach, weil Hitler damit ganz Österreich, seinen Geburtsort Braunau und nicht zuletzt das nördliche Waldviertel meinte, aus dem seine Ahnen stammten. Der Anschluss in Niederösterreich verlief nicht weniger dramatisch als jener ganz Österreichs.

## DIE VORGESCHICHTE DES ANSCHLUSSES

Dieser Anschluss 1938 hatte natürlich seine Vorgeschichte, auf die hier nur kurz eingegangen werden kann. Dafür stehen der unglückliche Verlauf der Ersten Republik insgesamt, die schwere Wirtschaftskrise, die hohe Arbeitslosigkeit (in Niederösterreich bis zu 30 Prozent), der in allen politischen Lagern mangelhafte Glaube an das neue Österreich, das Bürgerkriegsjahr 1934, die neue autoritäre, ständische Verfassung 1934 und das zunehmend aggressive Agieren der Nationalsozialisten in Österreich, was im Juni 1933 zu deren Verbot führte.

Nach der Ermordung von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß am 25. Juli 1934 übernahm Kurt Schuschnigg die Kanzlerschaft. Am 12. Februar 1938 erzwang Hitler vom österreichischen Bundeskanzler weitgehende Freiheiten für die NSDAP und ihre Anhänger. Schuschnigg setzte kurzfristig für 13. März 1938 eine Volksbefragung über Österreichs Selbständigkeit an. Das war für Berlin das Signal zum Handeln. Nach dem Rücktritt Schuschniggs am 11. März marschierte die deutsche Wehrmacht in Österreich ein, das Ende Österreichs war damit besiegelt.

## „GESÄUBERT“ UND NEU GEORDNET

Die neuen Machthaber begannen sich rasch zu etablieren. Illegale NS-Parteigänger in

Politik und Beamtenschaft bekannten sich nun offen zur NSDAP. Der bisherige NS-Gauleiter Roman Jäger wurde am 12. März für kurze Zeit Landeshauptmann und bestellte eine neue Landesregierung mit bewährten Parteigenossen.

In der Folge kam es zu tiefgreifenden Änderungen, sowohl personell als auch organisatorisch. Die bisherigen Bürgermeister wurden durch Parteigenossen ersetzt. Bei der Landeshauptmannschaft selbst wurden 395 Beamte und Angestellte entlassen, davon 194 in leitender Funktion. Niederösterreich bildete während der NS-Zeit den Reichsgau Niederdonau.

Per 1. Oktober 1938 wurde auch das bisherige Territorium zerschlagen: So wurde der neue Gau Groß-Wien gebildet, der 97 NÖ Gemeinden des Wiener Umlandes umfasste. Dafür wurden das nördliche und das mittlere Burgenland Niederdonau zugeschlagen, das Burgenland wurde aufgelöst.

Im Jänner 1939 erhielt Niederdonau noch einige südmährische Bezirke, die Gesamtbevölkerung des neuen Gaus betrug jetzt 1,7 Millionen. Weiters wurde die deutsche Gemeindeordnung eingeführt. Auch wurden zahlreiche Gemeindezusammenlegungen verfügt. Krems wurde Gauhauptstadt, Politik und Verwaltung blieben jedoch in Wien. Gauleiter wurde im Juni 1938 Hugo Jury.

## DER ERSTE KZ-TRANSPORT NACH DACHAU

Der Umsturz in Niederösterreich war noch nicht vollzogen, als auch schon die ersten politischen Opfer des NS-Regimes zu verzeichnen waren. Dazu zählten vor allem der bisherige Landeshauptmann Joseph Reiter sowie Reichsbauernbunddirektor Leopold Figl, die beide mit kurzen Unterbrechungen bis Kriegsende KZ-Häftlinge blieben. Der erste große KZ-Transport traf neben den Genannten vor allem Funktionäre der



PROF. DR. FRANZ OSWALD  
WAR CHEFREDAKTEUR  
DER NÖ LANDES-  
REGIERUNG UND IST JETZT  
FREIER JOURNALIST



Josef Leopold,  
Gauleiter ab 1929



Julius Kampitsch,  
Kurzeit-Landeshaupt-  
mann



Roman Jäger,  
Landeshauptmann von  
März bis Mai 1938



Hugo Jury,  
Gauleiter von Mai 1938  
bis 1945



Begeisterter  
Empfang für  
Adolf Hitler in  
der Wachau.

Vaterländischen Front, der Heimwehren sowie patriotische Persönlichkeiten aus allen Lagern. Aus dem Klerus ist später vor allem der Klosterneuburger Augustiner-Chorherr Roman Scholz zu nennen, der eine österreichische Freiheitsbewegung aufbaute.

### DIE NEUEN HERREN VON NIEDERDONAU

Im Folgenden soll das Schicksal der unmittelbar in Niederösterreich handelnden Personen kurz geschildert werden.

- ▶ Julius Kampitsch, Hotelier in Payerbach, war Landtagsabgeordneter und ab 1935 Landesstatthalter, danach erfolgte seine Annäherung an die illegale NSDAP. Nach dem deutschen Einmarsch übernahm er für wenige Stunden die Geschäfte des Landeshauptmanns, blieb bis August 1938 in der politischen Führung, wurde dann nach einer Intrige vom Dienst enthoben, 1942 rehabilitiert. Nach dem Krieg verurteilte ein Volksgericht Kampitsch zu 20 Jahren Haft, er ging bereits nach vier Jahren frei, starb 1974.
- ▶ Roman Jäger, 1909 in Weißenkirchen geboren, war seit 1937 NS-Gauleiter, Jurist und vom 12. März bis Mai 1938 Landeshauptmann. Er war bereits seit frühester Jugend NS-Mitglied und hatte in der Wachau und im Waldviertel verschiedene Funktionen inne. Nach dem Mai 1938 wurde er unter anderem Reichstagsabgeordneter. Seit September 1944 gilt er als vermisst. Jäger erfreute sich der besonderen Förderung des starken Mannes unter Niederösterreichs Illegalen,
- ▶ Hauptmann Josef Leopold. 1889 in Haindorf geboren, war Leopold bis 1932

Angehöriger des Bundesheeres, anschließend für die NSDAP Landtagsabgeordneter und Landesrat. Nach dem NSDAP-Verbot 1933 führte er als illegaler Landesleiter Österreichs die Partei bis zum Anschluss. Bei Hitler wegen angeblich mangelnder Durchsetzungsfähigkeit in Ungnade gefallen, nahm Leopold als Oberstleutnant am Russland-Feldzug teil und fiel bereits am zweiten Tag, dem 24. Juni 1941.

- ▶ Hugo Jury, geboren 1887 in Mährisch-Rothmühl, wurde Lungenfacharzt und kam nach dem Weltkrieg nach Niederösterreich, ließ sich zunächst in Frankenfels, später in Sankt Pölten nieder. Jury war Verfechter einer strengen Rassenpolitik. 1931 trat er der NSDAP bei und wurde stellvertretender Landesleiter. Der kurzlebigen Bundesregierung Seyss-Inquart nach dem Anschluss gehörte Jury als Sozialminister an. Im Mai 1938 avancierte Jury zum Gauleiter von Niederdonau und wurde 1942 Reichverteidigungskommissar. Wirtschaftlich wollte Jury Niederdonau nach Kriegsende zu einem der führenden Gaue machen. Bei Kriegsende beging er Selbstmord.

### WIEDER NIEDERÖSTERREICH STATT NIEDERDONAU

Als sich Hugo Jury das Leben nahm, gab es in Niederösterreich bereits eine provisorische Landesregierung unter Landeshauptmann Leopold Figl. Nach Jahren der KZ-Haft hatte der Bauernsohn aus dem Tullnerfeld, der in letzter Minute dem Fallbeil entging, die Kraft des Neubeginns. Dies mit den legendären Worten: „Hier ist nicht Niederdonau, hier ist Niederösterreich.“ ■■

## DAS NÖGEMEINDE PORTRAIT



ANGELIKA HORVATH AUS WARTH

### STECKBRIEF

NAME | ANGELIKA HORVATH  
BERUF | AMTSLEITERIN  
ORT | WARTH

## IN WARTH REGIEREN DIE FRAUEN

Frauen sind in der Gemeindepolitik, aber auch in der Gemeindeverwaltung im Vormarsch und dominieren zunehmend viele kommunale Bereiche. So auch in der Marktgemeinde Warth in der Buckligen Welt. Bürgermeisterin ist Michaela Walla, Amtsleiterin Angelika Horvath, dazu kommen zwei weitere Damen. „Von Zickenkrieg keine Spur“, betont die Amtsleiterin. Der einzige Mann neben diesem Damen-Quartett ist der Vizebürgermeister.

### SIEBEN JAHRE IN EINEM KUNSTTEMPEL

Michaela Horvath übt dieses Amt seit nunmehr sieben Jahren aus und ist mit vollem Einsatz bei der Sache, bringt dafür gute Voraussetzungen mit. Geboren am 7. März 1970 in Warth, aufgewachsen in Pitten, besuchte sie die Handelsschule in Wiener Neustadt, wo sie vor allem in den Fächern Lohnverrechnung und Buchhaltung glänzte. Diese guten Kenntnisse sollten sie bis heute begleiten.

Ihr erster Posten, sieben Jahre lang, führte sie ins Museum für angewandte Kunst in Wien. Auch hier mit Lohnverrechnung und Buchhaltung betraut, bekam sie doch auch einiges vom künstlerischen Umfeld

des Hauses mit – eine neue Welt im Leben der jungen Frau. „Ja, es war sehr interessant, hier zu arbeiten, wobei ich gerne zugebe, dass mir vieles von der modernen, abstrakten Kunst fremd blieb“, erinnert sich Angelika Horvath an die Zeit. Es folgte die Phase der Familiengründung mit zwei Kindern (Bub und

„VON ZICKENKRIEG  
KEINE SPUR.“

MICHAELA HORVATH

Mädchen, 12 und 13 Jahre alt) und entsprechender Karenz, ehe Horvath 2008 in den Dienst der Marktgemeinde Warth, zunächst im Bauamt, eintrat.

### EINE SEHR VIELFÄLTIGE TÄTIGKEIT

Seit 2011 Amtsleiterin – übrigens gleich lang wie Michaela Walla Bürgermeisterin ist –, resümiert sie heute: „Es war anfangs eine sehr harte Zeit, zu meiner buchhalterischen Tätigkeit kamen neue Bereiche dazu, es gab viele Überstunden, viel Einsatz war notwendig, um all die Aufgaben zur Zufriedenheit zu

meistern. Die Bürgermeisterin zu unterstützen, die mir selbst sehr viel half, war ebenso wichtig wie etwa die Vorbereitung der Gemeinderatsitzungen, Protokollführung und vieles mehr.“ Zumal diese hügelige weit verstreute Marktgemeinde mit ihren sechs Katastralgemeinden und rund 1600 Einwohnern gar nicht so leicht zu verwalten ist. Heute beherrscht Angelika Horvath ihr Fach problemlos, obwohl es immer wieder neue Herausforderungen gibt. „Es macht Freude, für eine gute Chefin, mit guten Kolleginnen zu arbeiten, für die Bürgerinnen und Bürger da zu sein. Der Beruf ist abwechslungsreich, der Kontakt mit den Menschen ist mir wichtig“, so die Amtsleiterin, die nach einigen Zwischenstationen ihren Berufsweg gefunden hat.

### SPORTLICHE FAMILIE

Der Gatte von Angelika Horvath ist beim Wasserleitungsverband Pitten und damit ebenfalls im kommunalen Bereich tätig. Bemerkenswert ist, dass beide Kinder, also auch das Mädchen, begeistert Fußball spielen. Ballesternde Mädchen sind also auch am Land keine Seltenheit, vom Rückgang des Fußballs in der Jugend also keine Spur. Die Amtsleiterin selbst ist ebenfalls sportlich: Mit Tennis und Schifahren hält sie sich fit. ■■



Eine große Matinee im Festspielhaus leitete das Jubiläumsjahr ein. Im Bild: Der Gründer des Hilfswerks Niederösterreich, Erich Fidesser, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Hilfswerk-Präsidentin Michaela Hinterholzer, Geschäftsführer Christoph Gleirscher und Prof. Christoph Baddelt (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung).

## JUBILÄUM

# 40 JAHRE HILFSWERK NIEDERÖSTERREICH

BEGONNEN WURDE MIT SECHS MITARBEITER/INNEN. HEUTE SIND ES 3.200.

**2018** ist ein besonderes Jahr für das Hilfswerk Niederösterreich: Der Sozialpionier von einst feiert sein 40-jähriges Bestehen. Begonnen hat alles am 9. Februar 1978 in Mödling, als von dem damaligen Abgeordneten Erich Fidesser das Hilfswerk Niederösterreich gegründet wurde. Als es damals aus dem Gedanken der Nachbarschaftshilfe entstand und sechs Mitarbeiter/innen im Pflegebereich tätig waren, hätte wohl niemand gedacht, wo das Unternehmen vier Jahrzehnte später steht: heute vertrauen 25.000 Kundinnen und Kunden auf das Hilfswerk Niederösterreich. Sie werden von 3.200 Mitarbeiter/innen, 500 Tagesmüttern und 2.500 Ehrenamtlichen betreut und begleitet. „Wir sind nicht nur untrennbar mit dem sozialen Netz in Niederösterreich verbunden, wir haben auch einen großen Teil dazu beigetragen, es so stark werden zu lassen. Das Hilfswerk Niederösterreich hat es im



„DAS HILFSWERK NIEDERÖSTERREICH HAT ES IMMER ALS HERAUSFORDERUNG GESEHEN, SEIN ANGEBOT ZU ERWEITERN.“

**MICHAELA HINTERHOLZER**  
PRÄSIDENTIN DES HILFSWERKS NÖ

Laufe der Jahre immer als Herausforderung gesehen, sein Angebot zu erweitern und so noch besser auf die Bedürfnisse von Familien einzugehen und gemeinsam die passenden Lösungen zu finden“, so Hilfswerk Präsidentin LAbg. Bgm. KR Michaela Hinterholzer.

## EIN MUSEUM ZUM DURCHKLICKEN

40 Jahre Hilfswerk-Geschichte, und damit niederösterreichische Sozialgeschichte, kann man im Digitalen Museum unter [www.40jahre.noe.hilfswerk.at](http://www.40jahre.noe.hilfswerk.at) miterleben. Die wichtigsten Meilensteine des Hilfswerks Niederösterreich wurden spielerisch, modern und persönlich aufbereitet. Mit vielen Interviews, spannendem Bild- und Videomaterial, Statements von Persönlichkeiten, alten Schriftstücken und Publikationen und vielen

## KOMMUNALE BESCHAFFUNG

# WELCHE VORTEILE BRINGT DER ONLINE-MARKTPLATZ?

KOMMUNALBEDARF.AT WÄCHST RASANT. DER ÖSTERREICHISCHE ONLINE-MARKTPLATZ FÜR GEMEINDEN GEWINNT LAUFEND KUNDEN DAZU. HIER ERKLÄREN SIE IHRE BEWEGGRÜNDE.

Es ist gerade einmal ein Jahr her, dass sich die Beschaffungsplattform Kommunalbedarf.at im Zuge eines grundlegenden Relaunches komplett neu erfunden hat. Als moderner Online-Marktplatz bietet das „Amazon für Gemeinden“ sämtliche Güter an, die Kommunen für das Erledigen ihrer Aufgaben benötigen. Sei es vom profanen Kopierpapier, über Stadtmobiliar und Verkehrszeichen bis hin zu Winterdienstgeräten oder anderen Bauhof-Gütern. Über 100.000 Produkte werden über Kommunalbedarf.at gehandelt.

## VORZEIGEGEMEINDE OBERWALTERSDORF

Mittlerweile sind hunderte Gemeinden in Österreich auf Kommunalbedarf.at aktiv. Eine davon ist das niederösterreichische Oberwaltersdorf. Die Marktgemeinde im Bezirk Baden war lange Jahre als Sitz der Europazentrale der Magna Holding AG bekannt. In Oberwaltersdorf kann man nicht nur gediegen Golf spielen, sondern auch komod einkaufen, zumindest als Gemeindebediensteter, denn hier ist die Anschaffung über Kommunalbedarf.at Usus.

Christopher Nemetz ist bei der Gemeinde nicht nur für den Bürgerservice zuständig, sondern auch für den zentralen Einkauf. Darüber hinaus ist der 29-Jährige auch noch IT-Administrator. Eine perfekte Kombination, um die Vorteile von Kommunalbedarf.at kompetent und aus der Praxis heraus beurteilen zu können.

Erstmals auf den Online-Marktplatz aufmerksam geworden ist er über einen Link auf Kommunal.at. Seit zirka vier Monaten verwendet Oberwaltersdorf nun bereits Kommunalbedarf.at für die kommunale Beschaffung. „Einerseits“, berichtet Nemetz, „benutzen wir die Plattform, um Informationen über Produkte zu finden, und andererseits, um sie zu kaufen.“



FOTO: SHUTTERSTOCK/JAZZ311

Einfache Beschaffung vom Büro oder Gemeindeamt aus.



### KOMMUNALBEDARF.AT

**Um alle Vorteile nutzen zu können, registrieren Sie sich schnell, einfach und kostenlos:**

- ▶ Über 100.000 Produkte
- ▶ Kauf auf Rechnung
- ▶ Günstige Preise
- ▶ Flexibles Freigabeverfahren
- ▶ Zuweisen von Kostenstellen

### VERGLEICHEN EINFACH GEMACHT

Auch vom intelligenten Benutzermanagement des Online-Marktplatzes profitiert die Gemeinde, denn „wir haben auch den Bauhof dazu angehalten, hier bei den Produkten nachzusehen und zu vergleichen“, so Nemetz. Am besten gefällt dem Profi aus Oberwaltersdorf die Aufgliederung und die Vergleichbarkeit bei Kommunalbedarf.at, und er bekennt: „Aufgrund der guten Durchsichtbarkeit und der leichten Handhabung kann ich Kommunalbedarf.at durchaus weiterempfehlen.“

Mit dieser Empfehlung ist er nicht alleine. Der Erfolg des Online-Marktplatzes fußt zu großen Teilen auf der Mundpropaganda erfahrener Gemeindebediensteter. Diese Art der Werbung ist die ehrlichste, wirkungsvollste und nachhaltigste. Daher an dieser Stelle all jenen Fürsprechern ein aufrichtiges Dankeschön! ■■



[www.kommunalbedarf.at](http://www.kommunalbedarf.at)



## STEUERRECHT

# WAS IST DER FAMILIENBONUS?

MIT 10. JÄNNER 2018 HAT DER MINISTERRAT DIE EINFÜHRUNG DES NEUEN FAMILIENBONUS AB DEM JAHR 2019 BESCHLOSSEN. DIE GESETZGEBUNG DAZU IST NOCH IM LAUFEN, HIER ERSTE BASISINFORMATIONEN ZUM THEMA. VON URSULA STINGL-LÖSCH

Der Familienbonus ist als Absetzbeitrag gedacht, welcher pro Kind und pro Familie einmal pro Jahr geltend gemacht werden kann. Beantragt werden kann der Familienbonus über die Lohnverrechnung oder über die Arbeitnehmerveranlagung bzw. Einkommensteuererklärung.

## HÖHE

Die Höhe des Familienbonus beträgt 1.500 Euro pro Jahr für Kinder, welche das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, in Österreich leben und für die Familienbeihilfe bezogen wird. Für Kinder über 18 Jahren beträgt der Familienbonus noch 500 Euro, wenn für diese noch Familienbeihilfe bezogen wird.

## GELTENDMACHUNG

Möchten beide Elternteile den Familienbonus in Anspruch nehmen, so soll dies möglich sein. Ob die Aufteilung 50:50 zu erfolgen hat, oder eine andere Aufteilung möglich ist, ist derzeit noch nicht geklärt.

Bei geschiedenen Elternteilen soll ebenfalls eine Aufteilung des Familienbonus möglich sein. Ob hierfür die derzeit geltenden Regelungen für den Kinderfreibetrag herangezogen werden sollen, lässt sich vor der Gesetzwerdung noch nicht beantworten.

Für Eltern, welche aufgrund von geringem Einkommen keine Steuern bezahlen, soll es zwar keinen Familienbonus geben, auch eine Negativsteuer durch den Familienbonus ist nicht vorgesehen, allerdings soll in diesen Fällen der Alleinverdiener- bzw. Alleinerzieherabsetzbetrag erhöht werden.

## BISHERIGE REGELUNG – BIS INKL. 2018

Durch den Familienbonus sollen die bisher geltenden Regelungen mit 31.12.2018 außer Kraft treten. Somit sind im Zuge der Arbeit-



FOTO: SHUTTERSTOCK/PIKSELSTOCK

Möchten beide Elternteile den Familienbonus in Anspruch nehmen, so soll dies möglich sein.

„BEI  
GESCHIEDENEN  
ELTERNTEILEN  
SOLL EINE  
AUFTEILUNG DES  
FAMILIENBONUS  
MÖGLICH SEIN.“



nehmerveranlagung bzw. der Einkommensteuererklärung für das Jahr 2018 zum letzten Mal der Kinderfreibetrag sowie die Kinderbetreuungskosten geltend zu machen.

### ► Kinderfreibetrag

Pro Kind kann ein Freibetrag in Höhe von 440 Euro beantragt werden. Machen beide Elternteile den Kinderfreibetrag gleichzeitig geltend, so stehen pro Elternteil 300 Euro zu.

### ► Kinderbetreuungskosten

Für die Betreuung von Kindern bis zur Vollendung des zehnten Lebensjahres (bei Bezug der erhöhten Familienbeihilfe das 16. Lebensjahr) können pro Kind Kosten bis zu 2.300 Euro im Zuge der Arbeitnehmerveranlagung bzw. Einkommensteuererklärung ohne Abzug eines Selbstbehaltes geltend gemacht werden.

Ob Kinderbetreuungskosten, welche bisher von Alleinerziehern unter Berücksichtigung des Selbstbehaltes zusätzlich zu den 2.300 Euro geltend gemacht werden konnten, auch weiterhin abgesetzt werden können, bleibt abzuwarten. ■■


 III RECHTSTIPPS AUS DER PRAXIS

# WIE MAN MIT EINEM MESSIE-PROBLEM UMGEHT

DIE VERMÜLLUNGSPROBLEMATIK AUS RECHTLICHER SICHT – 1. TEIL

VON FRANZ NISTELBERGER

Im Internet lassen sich mittlerweile eine Vielzahl von Definitionen und Artikeln darüber abrufen, was ein Messie ist. Auch die Medien beschäftigen sich wiederholt mit Menschen, deren wohnungsbedingte Unordnung nicht mehr als Schlampe bezeichnet werden kann, sondern vielmehr als Vermüllung. Kurz zusammengefasst ist ein Messie demnach ein Mensch, der in seiner Wohnung über Jahre hinweg sowohl brauchbare als auch unbrauchbare Dinge hortet.

## WICHTIGE VON UNWICHTIGEN DINGEN UNTERSCHIEDEN

Menschen die dies tun, haben Probleme damit, zwischen brauchbaren und wichtigen und unbrauchbaren und unwichtigen Dingen zu unterscheiden. Ob es sich bei diesem Verhalten um eine „Krankheit“ im klassischen Sinn handelt, ist strittig. Mit Sicherheit wird aber davon auszugehen sein, dass eine Störung vorliegt, wobei es sich möglicherweise nicht um die Sonderform einer

Zwangsstörung, sondern um ein eigenes Störungsbild handelt.

## UNTERSCHIEDLICHE ENTWICKLUNGSTUFEN

Zu beachten wird sein, dass es unterschiedliche Entwicklungsstufen von Messies gibt: Menschen, die sich immer mehr und mehr von ihrer sozialen Umgebung zurückziehen bis zu den Extremfällen, deren Wohnungen vollständig vermüllt sind und wo dann teilweise nur mehr kleine Durchgänge verbleiben, um die wichtigsten Teile der menschlichen Existenz wie Schlafen, Essen, etc. aufrechterhalten zu können. Das Hauptproblem – sowohl für Mitbewohner, als auch für Anrainer – besteht in den hierbei auftretenden brandgefährlichen und hygienischen Problemen, die Berge von Müll in den verwaorsten Wohnungen verursachen.

## MANGELNDE HYGIENE KANN ZU EINEM PROBLEM WERDEN

Eine Gemeinde kann in mehrfacher

„EINE GEMEINDE KANN IN MEHRFACHER HINSICHT VON EINEM MESSIE BETROFFEN SEIN.“



Hinsicht von einem Messie betroffen sein, beispielsweise im Zusammenhang mit hygienischen Problemen als auch mit der Lagerung von brandgefährlichen Materialien.

Rechtliche Grundlagen bilden das NÖ Feuerwehrgesetz 2015 (NÖ FG 2015) und zwar für die Besorgung der örtlichen Feuer- und Gefahrenpolizei, die örtliche Gesundheitspolizei als auch zivilrechtliche Probleme. ■■

FORTSETZUNG FOLGT



DR. FRANZ NISTELBERGER IST VERBANDSANWALT DES NÖ GEMEINDEBUNDES

## AKADEMIE 2.1

# SEMINARE NACH WUNSCH

DIE AKADEMIE 2.1 ORGANISIERT MASSGESCHNEIDERTE VERANSTALTUNGEN

Seit gut einem Monat sollte in jedem VP-Funktionärshaushalt der neu gestaltete Akademiefolder 2018 aufliegen. Neben dem gut bekannten Lehrgangs- und Seminarangebot gibt es heuer erstmals die Kategorie „Wunschseminare“. Einfach auf der neuen Homepage der Akademie 2.1 ein oder mehrere Seminare aussuchen und den zugehörigen „Wunschbutton“ anklicken oder sich im Büro der Akademie melden. Bei genügend Interesse für ein bestimmtes Seminar organisiert die Akademie 2.1 in der jeweiligen Region mit den meisten Interessenten das entsprechende Wunschseminar. Dieses wird dann nochmals auf der Homepage oder per Newsletter beworben.

## GROSSES INTERESSE AM KOMMUNALMANAGER-LEHRGANG

Mit einem neuen Rekordbesuch von über 30 TeilnehmerInnen und Teilnehmern findet heuer der 15. KommunalmanagerInnen-Lehrgang statt. In 13 Modulen werden zukünftige Topfunktionäre in allen wesentlichen Belangen des Parteimanagements und der Kommunalpolitik geschult. Besonderes Augenmerk wird hierbei auf eine umfassende Ausbildung im Hinblick auf die Gemeindevahl 2020 gelegt.



Beim Kommunalmanager-Lehrgang wird heuer ein Rekordbesuch erwartet (Symbolbild).

„BEI GENÜGENDE INTERESSE ORGANISIERT DIE AKADEMIE 2.1 DAS ENTSPRECHENDE WUNSCHSEMINAR.“



## FRAUEN-SPEZIALLEHRGANG 2018

Für den Lehrgang „Die NÖ Politikerin von Morgen“ ist der Anmeldeschluss am 4. April 2018. Nähere Infos zum Lehrgang auf der Homepage der Akademie 2.1, im Folder oder im Landesbüro „Wir Niederösterreicherinnen“.

## DIE NÄCHSTEN SEMINARANGEBOTE

### VIDEOBOTSCHAFTEN – MEINE LOKALNACHRICHTEN

Ereignisse filmisch dokumentieren, Videogestaltung und Videoproduktion, umfangreiche Handyzubehör-Empfehlungen.

**Do., 19. April, 18-22 Uhr,**  
Hotel Steinberger, 3033 Altlenzbach

### VEREINSFESTE & CO

Rechtliche Grundlagen, die bei Festen und ähnlichen Veranstaltungen zu beachten sind, Konflikte mit Finanzamt und Gewerbeordnung vermeiden, Inhalte & Tipps durch Experten, offene Diskussion.

**Di., 24. April, 18-22 Uhr,**  
Hotel-Gasthof Seeland,  
3100 St. Pölten-Waitzendorf

### BESTEuerung VON BÜRGERMEISTERN UND GEMEINDEMANDATAREN

Grundlagen der Besteuerung, steuerpflichtiges Einkommen, Termine & Fristen, Einnahmen & Sachbezüge, steuerfreie Bezüge, ABC der tatsächlichen Werbungskosten.

**Do., 26. April, 18-22 Uhr,**  
Hotel Höldrichsmühle,  
2371 Hinterbrühl bei Mödling

Wenn Sie Spezialwünsche für ein maßgeschneidertes Seminar für Ihre Gemeinde oder Ihr Team haben, dann kontaktieren Sie die Akademie 2.1. ■■

Akademie 2.1

Michael Kohlmann, Sabine Stöcklecker

☎ 02742/9020-1680

✉ office@akademie21.at



## WENIGER BÜROKRATISCHE HÜRDEN

DEREGULIERUNGSPAKET SEIT 1.2. IN KRAFT



Bei Bauverfahren, bei denen die Behörde die Abfrage im Grundbuch vornimmt, entfällt die Vorlage eines Grundbuchauszuges.

Seit dem 1. Februar 2018 ist in Niederösterreich ein umfassendes Deregulierungspaket in Kraft. Gesetzgebung und Verwaltung sollen bürgerfreundlicher und transparenter werden. „Die Verwaltung muss einfach, effizient und elektronisch sein. Dazu zählt auch der laufende Abbau von bürokratischen Hürden, die eine Belastung für Betriebe und unsere Landsleute darstellen“, sagt Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner.

### E-GOVERNMENT AUSGEBAUT

Das Deregulierungspaket umfasst im Wesentlichen die Beseitigung von über 80 Vorschriften, den Ausbau des E-Governments, die Möglichkeit, gewisse Verfahren bewilligungsfrei zu stellen sowie die Errichtung einer

Ombudsstelle für Betriebsanlagengenehmigungen. Die Maßnahmen umfassen im Detail etwa die Beseitigung von Vorschriften, die sich in der Praxis als nicht notwendig erwiesen haben. So wurden im Zuge einer Sammelnovelle 80 Bestimmungen in 24 Landesgesetzen geändert bzw. aufgehoben.

Weiters wird E-Government in der Landesverwaltung ausgebaut. In bestimmten Verfahren ist es nun nicht mehr nötig, erforderliche Urkunden selbst vorzulegen, wenn diese von der Behörde über ein elektronisches Register abgerufen werden können. Das gilt etwa für Bauverfahren, wo die Behörde die Abfrage im Grundbuch vornimmt, wodurch die Vorlage eines Grundbuchauszuges entfällt. Das erspart Zeit, Geld und Behördenwege.

LÄNDLICHER RAUM

## DEZENTRAL NUTZT MITA

DIE DERZEIT IN NIEDERÖSTERREICH LAUFENDE OFFENSIVE SOLL DEN LÄNDLICHEN RAUM STÄRKEN.

Die Vorteile des digitalen Wandels geben uns die Chance, das Thema Dezentralisierung noch offensiver anzugehen und vor allem auch über neue Arbeitsmodelle nachzudenken“, sagt Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner zu den Überlegungen hinter der Dezentralisierungs-Offensive des Landes Niederösterreich, die derzeit in Umsetzung ist.

Bis zum Jahr 2022 sollen rund 500 Landesbedienstete nicht mehr dauerhaft in St. Pölten arbeiten, sondern können das künftig in der Nähe ihres Wohnortes tun – etwa in den Bezirkshauptmannschaften, in den Pflege- und Betreuungszentren oder auch in den Straßenbauabteilungen.

### LÄNDLICHEN RAUM STÄRKEN

„Zum Ersten wollen wir damit den ländlichen Raum stärken. Das tun wir, indem wir hochwertige Arbeitsplätze von der Landeshauptstadt in die ländlichen Regionen verlagern“, führte Mikl-Leitner aus, dass dadurch auch Familien im ländlichen Raum bleiben würden und man hoffe, dass sich dort auch neue Unternehmen ansiedeln. „Zum Zweiten wollen wir damit auch die Zufriedenheit und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöhen. Denn ein wohnortnaher Arbeitsplatz bedeutet eine kürzere Fahrzeit und damit auch mehr Freizeit. Und zum

Tele-Arbeit hilft auch, Fahrzeiten einzusparen.

# ISIERUNG RBEITERN

Dritten wollen wir damit unsere Familien unterstützen, weil dadurch auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert wird“, so Mikl-Leitner.

## TELE-ARBEITSPLATZ ZUHAUSE

In einer ersten Phase im Jänner haben 98 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Tele-Arbeitsplatz näher an ihrem Wohnort erhalten. Darunter Daniel und Birgit Fuxsteiner aus Frankenfels, die nun für einen Teil der Arbeitswoche abwechselnd einen Schreibtisch an der Bezirkshauptmannschaft Scheibbs benutzen. „Ich habe diese Möglichkeit in Anspruch genommen, da sich die Fahrzeit bei mir je Richtung um eine halbe Stunde verkürzt, d. h. ich gewinne pro Tag eine Stunde an Freizeit, die ich mit Familie und Kindern verbringen kann“, so Daniel Fuxsteiner, der im IT-Bereich arbeitet. Für Landesjugendreferent Wolfgang Juterschnig, der nun seinen Dienst drei Tage die Woche im wohnortnahen Pflege- und Betreuungszentrum Gloggnitz versieht, ist das Angebot „eine gute Möglichkeit, mit der Landesverwaltung in den Regionen präsent zu sein“. In seinem Fall reduziere sich der Arbeitsweg von drei Stunden täglich auf drei bis fünf Minuten. „Das ist natürlich spürbar: Man beginnt seine Arbeit und ist in der Sekunde konzentriert.“ ■■

EVN

## IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN

MIT EIGENER ENERGIEERZEUGUNG UND  
BATTERIESPEICHER

Immer mehr Menschen wünschen sich umweltschonend erzeugte Energie aus erneuerbaren Quellen, um damit knappe Ressourcen zu schonen und eine lebenswerte Umwelt zu erhalten.

Mit einer Photovoltaik-Anlage erzeugen Sie Ihren eigenen Sonnenstrom, den Sie sofort nutzen oder mit einem Batteriespeicher für später sichern können. Wichtig sind dabei eine sorgfältige Planung und eine professionelle Umsetzung.

Neben Neubauten bieten insbesondere Dach- oder Gebäudesanierungen eine gute Gelegenheit, eine PV-Anlage zu installieren. Photovoltaik-Anlagen sollten nur von befugten Fachleuten geplant und errichtet werden, da besondere Regeln und Vorgaben für die Errichtung gelten.

# EVN

## GANZ EINFACH ZUR INDIVIDUELLEN PHOTOVOLTAIK-ANLAGE

Mit der EVN als Ihren kompetenten Energiepartner kommen Sie einfach und rasch zu Ihrer Photovoltaik-Anlage in österreichischer Qualität. Auf Basis einer sorgfältigen Analyse Ihres individuellen Stromverbrauchs dimensionieren die EVN Experten die Größe Ihrer geplanten Photovoltaik-Anlage. Und mit dem EVN Komplettpaket mit Photovoltaik-Anlage und Batteriespeicher erhalten Sie professionelle Beratung und rasche Umsetzung in einem.

**Interesse an Energietrends? Dann besuchen Sie die EVN auf [facebook.com/evn](https://facebook.com/evn) und [twitter.com/evnergy](https://twitter.com/evnergy).**

 [www.evn.at/photovoltaik](http://www.evn.at/photovoltaik)

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

## LEBENSQUALITÄT

# BEVÖLKERUNG IST MIT DER UMWELT ZUFRIEDEN

LH-STELLVERTRETER STEPHAN PERNKOPF UND DER POLITOLOGE PETER FILZMAIER PRÄSENTIERTEN DIE UMWELTUMFRAGE NIEDERÖSTERREICH.

81 Prozent der Befragten sagen, dass sich die Umweltsituation verbessert hat.

**83** Prozent der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher beschreiben die Umweltsituation im Land als gut bzw. sehr gut, 93 Prozent beschreiben ihre Heimatregion als sehr oder eher lebenswert“, sagte LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf bei der Präsentation der Umweltumfrage Niederösterreich. Laut Studienautor Peter Filzmaier gaben 81 Prozent der Befragten an, dass sich die Umweltsituation verbessert habe oder zumindest gleichgeblieben sei. Ebenfalls 81 Prozent teilen auch den Zukunftsoptimismus in Bezug auf eine bessere oder gleich bleibende Umweltsituation.

Unter den verschiedenen Umweltthemen betrachten jeweils 65 Prozent saubere Luft und den Kampf gegen Atomkraft sowie jeweils 57 Prozent erneuerbare Energie und Naturschutz als sehr wichtig.

## NÖ MACHT MEHR FÜR ERNEUERBARE ENERGIE ALS ANDERE LÄNDER

In Bezug auf die Themenschwerpunkte ging Filzmaier zunächst auf die erneuerbare Energie ein: 90 Prozent geben an, dass Niederösterreich hier mehr als oder zumindest gleich viel wie andere Bundesländer unternimmt, 91 Prozent sagen, der Bezug erneuerbarer Energie sei für sie persönlich

„BEIM **AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN** SETZEN 90 PROZENT AUF DIE SONNE.“

STUDIENAUTOR  
PETER FILZMAIER



denkbar, 94 Prozent erachten es als sinnvoll, dafür Steuergeld auszugeben. Hinsichtlich des weiteren Ausbaus der erneuerbaren Energie setzen 90 Prozent auf die Sonne, 81 Prozent auf den Wind, 79 Prozent auf das Wasser und 53 Prozent auf Biomasse. Elektroautos sind für rund 50 Prozent persönlich vorstellbar, 69 Prozent befürworten dafür den Einsatz von Steuergeld.

## REGIONALE LEBENSMITTEL SIND NIEDERÖSTERREICHERN WICHTIG

Beim dritten Themenschwerpunkt, den regionalen Lebensmitteln, bezifferte Filzmaier die Zustimmung zu deren Vorteilen mit 81 Prozent. Eine Reihung derselben ergibt primär kurze Transportwege (88 Prozent) und eine Unterstützung der regionalen Wirtschaft (86 Prozent), gefolgt von einer klaren Herkunft (80 Prozent) und einer Sicherung von Arbeitsplätzen (67 Prozent).

LH-Stellvertreter Pernkopf erinnerte in Bezug auf das Thema sichere Energie daran, dass Niederösterreich mit 104 Prozent Strom aus erneuerbarer Energie einen Vorsprung von 15 Jahren gegenüber anderen habe. Bei den Maßnahmen im Bereich saubere Luft nannte Pernkopf u. a. das Fahrverbot für vor dem 1. Oktober 2001 zugelassene Lkws im Wiener Umland. ■■

## AUSBAUPROGRAMM

# FLÜSSEN WIRD WIEDER MEHR PLATZ GEGEBEN

UNTER DEM MOTTO „WIR GEBEN UNSEREN FLÜSSEN WIEDER MEHR PLATZ“ LAUFEN DERZEIT IN NIEDERÖSTERREICH EINE REIHE VON GEWÄSSERÖKOLOGISCHEN PROJEKTEN.

Durch die Umgestaltung von derzeit regulierten Gewässern in ökologisch intakte Lebensräume wird ein Beitrag für die Artenvielfalt geleistet. Gleichzeitig entstehen aber auch attraktive Naherholungsgebiete für die Bevölkerung und auch die Hochwassersituation kann dadurch merkbar verbessert werden.

Musterbeispiel dafür ist die etwa 4,3 Kilometer lange Renaturierung des Michelbaches im Bereich der Gemeinde Böheimkirchen, die vor Kurzem abgeschlossen wurde. Dafür wurden drei Millionen Euro investiert.

## TRAISEN WIRD FÜR FISCH WIEDER PASSIERBAR

An der Traisen werden die Bauarbeiten im Bereich Pottenbrunn (St. Pölten) fortgesetzt. Dabei werden auf einer Länge von ca. 3,7 Kilometern bestehende Sohlschwellen so umgebaut, dass sie für Fische wieder passierbar werden. Das derzeitige Traisengerinne wird ökologisch strukturiert, wodurch auch der Naherholungswert der Traisen maßgeblich verbessert werden kann.

## „AUENWILDNIS WACHAU“

Im Rahmen des EU-LIFE-Projektes „Auenwildnis Wachau“ starten 2018 die Baumaßnahmen im Bereich der Gemeinde Rossatz. Dabei wird ein ehemaliger Nebenarm wieder an die Donau angebunden, bestehende Nebenarme werden verbreitert und schließlich soll ein Schutzgebiet für den Seeadler entstehen. In Summe werden rund vier Millionen Euro investiert.

## AUFWERTUNG DER AUENLANDSCHAFT AN DER MARCH

Ein weiteres bedeutendes LIFE-Projekt um rund 3,5 Millionen Euro wird derzeit am Unterlauf der March umgesetzt. Durch die Wiederherstellung ursprünglicher Flussläufe

FOTO: SHUTTERSTOCK/VISUALPOWER



Durch die Umgestaltung von derzeit regulierten Gewässern in ökologisch intakte Lebensräume wird ein Beitrag für die Artenvielfalt geleistet.

„ES ENTSTEHEN  
ATTRAKTIVE  
NAHERHOLUNGS-  
GEBIETE FÜR DIE  
BEVÖLKERUNG.“



werden insgesamt sechs Kilometer Nebenarme an die March angebunden, wodurch die Auenlandschaft maßgeblich aufgewertet wird. Besonders positiv werden sich diese Maßnahmen auf Wasservögel, Amphibien und die typischen Auwälder auswirken.

„Die aktuelle Umsetzung der Maßnahmen an der March ist ein weiterer Schritt, diese einzigartige Landschaft zu erhalten und dem Fluss seinen ursprünglichen Charakter zurückzugeben“, sagt Jurrien Westerhof, Programmleiter für die March-Thaya-Auen bei der Umweltorganisation WWF Österreich.

## REVITALISIERUNG KLEINER GEWÄSSER

Zahlreiche Aktivitäten des Jahres 2018 betreffen auch die vielen kleineren Gewässer in Niederösterreich: Für die Revitalisierung des Ziegelofenwassers in der Gemeinde Langenrohr werden die Bauarbeiten beginnen. Dabei wird der ehemalige Altarm auf einer Fläche von rund fünf Hektar vom Schlamm befreit und die ursprüngliche Wassertiefe wieder hergestellt. ■



Der Bildungscampus Yspertal

## HLUW-YSPERTAL

# AUSBILDUNG FÜR DIE KOMMUNALWIRTSCHAFT

WIRTSCHAFT UND GEMEINDEN BRAUCHEN ENGAGIERTE, ÖKOLOGISCH UND UMWELTWIRTSCHAFTLICH DENKENDE JUNGE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER. DIE HÖHERE LEHRANSTALT FÜR UMWELT UND WIRTSCHAFT YSPERTAL BIETET UNTER DEM MOTTO „HALTE DICH UND UNSERE UMWELT FIT!“ DIE RICHTIGE AUSBILDUNG.

**F**amiliäres, wertschätzendes und lebendiges Miteinander in Schule und Privatinternat sind neben hoher Fachkompetenz in Umweltchemie, Umwelttechnik und Umweltwirtschaft die wichtigsten Faktoren für den Erfolg der berufsbildenden höheren Privatschule aus Niederösterreich.

Nach einer fünfjährigen Ausbildung kann man direkt ins Berufsleben einsteigen. Umwelt-, Abfallbeauftragter/in, Mikrobiologisch und chemischer Laborant/in, Umweltaufmann/frau sind dafür einige Beispiele. Ein Drittel der Unterrichtszeit findet in Praktika oder Projektform statt, Projektwochen und Fachexkursionen mit Auslandskontakten, miteinander arbeiten und auch Spaß haben und gemeinsam Freizeitangebote erleben, das alles sorgt für eine lebendige Berufsausbildung.

Es gibt ein Privatinternat für Mädchen und Burschen. Besonderen Wert legt man in der HLUW Yspertal auf geistige und körperliche Fitness. Mit zahlreichen Sportangeboten, von Fußball für Mädchen und Burschen über

„**DER MÄDCHEN- ANTEIL LIEGT BEI ETWA 40 PROZENT.**“

SCHULLEITER  
GERHARD HACKL



Volleyball bis hin zum Bogenschießen und Fitnessprogrammen wird den Teenagern eine Menge geboten.

Die Ausbildung schließt man mit der Reife- und Diplomprüfung ab. Damit hat man auch die Studienberechtigung erlangt.

## SCHNUPPERN ERWÜNSCHT

„Zahlreiche Jugendliche aus Österreich besuchen schon unsere Schule. Der Anteil der Mädchen liegt etwa bei 40 Prozent“, erklärt Schulleiter Gerhard Hackl. Zwei Ausbildungszweige stehen zur Wahl: „Umwelt und Wirtschaft“ und „Wasser- und Kommunalwirtschaft“. **Am 18. Mai 2018 findet um 18:30 Uhr ein Informationsabend statt. Die Schule freut sich auch jederzeit über Schnupper-schülerinnen und -schüler.** ■■

HLUW Yspertal, 3683 Yspertal  
[www.hluwyspental.ac.at](http://www.hluwyspental.ac.at)  
[office@hluwyspental.ac.at](mailto:office@hluwyspental.ac.at)  
 07415/7249



# WAS ABSOLVENTINNEN UND ABSOLVENTEN SAGEN



**PETRA WAGNER**  
BERATERIN BEIM  
BEZIRKSABFALL-  
VERBAND  
BRAUNAU

## „KANN VIELES IN MEINER ARBEIT EINSETZEN“

„Ich habe vor fast 20 Jahren als ‚Spätzünderin‘ (zweiter Bildungsweg nach einer Lehre) an der HLUW maturiert und bereue bis heute nicht, dass ich mich für diese Schule entschieden habe, denn immer noch kann ich in meiner täglichen Arbeit vieles aus der HLUW einsetzen. Das Wesentlichste an der Ausbildung in der HLUW ist die hohe Praxisorientierung und der starke Umweltbezug. Die beruflichen Möglichkeiten sind vielfältig. Gerade durch die große Selbstständigkeit der Absolventen und durch die fundierte Ausbildung im Wirtschafts- und Umweltbereich sind die Abgänger in jeder Firma gern gesehen. Darüber hinaus hat in den letzten Jahren auch der technische Bereich immer mehr Einzug in den Lehrplan gehalten und gerade der Ausbildungszweig "Wasser- und Kommunalwirtschaft" eröffnet viele neue Berufsfelder für die Absolventen.“



**JOHANNES KADLA**  
GEMEINDEVERBAND  
FÜR UMWELTSCHUTZ  
UND ABGABENEINHE-  
BUNG IM BEZIRK MELK

## „MEIN EDV-INTERESSE WURDE GEWECKT“

„Das Tolle an der HLUW Yspertal war für mich die Breite an Wissen, welches vermittelt wird. Spezialisiert man sich zu sehr, verliert man oft die Fähigkeit andere Perspektiven einzunehmen und Probleme richtig und kompetent zu lösen. Die beruflichen Möglichkeiten sind vielfältig. Von der Arbeit im öffentlichen Dienst (wie bei mir) über typische Wirtschaftsberufe bis hin zur Leitung innovativer Technologiebetriebe ist alles möglich. Ich kenne Notar-senwarter, Geschäftsführer von IT-Firmen, aber auch die typischen Green-Jobs-Arbeitnehmer im Kreis meiner ehemaligen SchulkollegInnen. Ich kenne eigentlich keine Schule, die eine derartige Streuung in verschiedenste Arbeitsbereiche vorweisen kann wie die HLUW. Mit dem neu dazu gekommenen Ingenieurs-Titel wird sich das vielleicht sogar nochmals steigern. Auch für den Job als Abfallberater kann ich nicht behaupten, nur auf das ökologische Vorwissen aus Schulzeiten angewiesen zu sein. Hätte man damals nicht mein EDV-Interesse geweckt, wären viele Projekte von mir niemals zustande gekommen.“



**ANITA KRAFTL**  
LEITERIN DER  
ABFALLWIRT-  
SCHAFT DER STADT  
ST. PÖLTEN

## „MAN IST TEIL EINER GROSSEN FAMILIE“

„In meiner beruflichen Tätigkeit kann ich sehr gut auf mein wirtschaftliches Fachwissen zurückgreifen. Gleichzeitig verfüge ich aber auch über einen soliden naturwissenschaftlichen Hintergrund. Vor allem diese Kombination macht die HLUW aus meiner Sicht so einzigartig. Die vielen Laborstunden sowie Projektarbeiten behandeln aktuelle Themen und gestalten den Unterricht praxisnah und abwechslungsreich. Ich habe 1998 maturiert, damals waren wir sicher unter den ersten, die wussten, wie man Arbeitsplatz-evaluierungen durchführt. Diese Aktualität in der Ausbildung bringt oft den entscheidenden Vorteil bei der Jobsuche. Im Gegensatz zu anderen oft größeren Schulen fühlt man sich in der HLUW nicht wie eine Nummer, sondern wie Teil einer großen Familie, in der auch Werte fürs Leben geprägt werden.“

## REGIONALENTWICKLUNG

# POSITIVE EFFEKTE FÜR DAS WEINVIERTEL DURCH A5

EINE STUDIE ZEIGT, DASS DIE AUTOBAHN EINE HÖHERE LEBENSQUALITÄT IN DEN ORTSKERNEN, MEHR VERKEHRSSICHERHEIT UND EINE VERBESSERUNG FÜR PENDLER GEBRACHT HAT.

Mit der A 5 ist das Weinviertel in eine neue Zeitrechnung in Bezug auf die Wiedergewinnung der Lebensqualität der Menschen und den wirtschaftlichen Aufschwung eingetreten. Im Jahr 1998 haben wir mit diesem Projekt einen Meilenstein ins Rollen gebracht, der meinen eigenen politischen Weg vom Stadtrat bis zum Landesrat 20 Jahre lang persönlich begleitet hat“, sagte Landesrat Karl Wilfing bei der Präsentation einer Studie über die A 5 und ihre positiven Effekte auf Wirtschaft und Arbeit.

Die A 5 sei nicht nur wichtig für die Menschen und ihre Wohnqualität, sagte Wilfing und erinnerte dabei an 4.107 Lkw pro Tag im August des Vorjahres und Wartezeiten von mehr als 30 Minuten: „Heute ist das anders. Zum ersten Mal nach vielen Jahren können wir wieder auf- und durchatmen, die Lebensqualität ist immens gestiegen.“

Mit der A 5 sei zudem ein regelrechter Hemmschuh für die Entwicklung der Region beseitigt worden, betonte der Landesrat und unterstrich: „Durch die bessere und schnellere Anbindung gibt es jetzt die besten Voraussetzungen für die Wirtschaft einerseits und die Pendlerinnen und Pendler andererseits.“

Die beim Institut für Wirtschaftsforschung Eco-Austria in Auftrag gegebene Studie belege, so Wilfing weiter, dass Infrastrukturmaßnahmen wie der Bau der A 5 positive regionalwirtschaftliche Effekte erzielten und sich durch den fiskalischen Rückfluss teilweise selbst finanzierten. Auch in Bezug auf den Tourismus erwarte er sich diesbezüglich positive Effekte.

„Die für mich zentralen Punkte der Studie sind die Steigerung der Erreichbarkeit, die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts sowie das Plus an Arbeitsplätze“, hob Wilfing hervor und präziserte: „Die Erreichbarkeit des Weinviertels ist um 13,1 Prozent



Studienpräsentation bei der Firma Audio Tuning/Pro-Ject Audio in Mistelbach/Wilfersdorf: ASFINAG-Vorstand Klaus Schierhackl, Landesrat Karl Wilfing, Tobias Thomas von Eco Austria, Betriebsführer Herbert Rutschka und Wolfgang Schwarzbauer von Eco Austria.

gestiegen, das bedeutet vor allem eine Verkürzung der Reisezeit und eine Verbesserung der Standortqualität. Ein Poysdorfer etwa erspart sich durchschnittlich 20 Minuten Fahrzeit pro Tag, das bedeutet fast drei Tage mehr Freizeit im Jahr. ■■



## ZUSAMMENARBEIT FÜR DAS WALDVIERTEL

„Die Entscheidung, ob das Waldviertel eine Autobahn oder eine höher-rangige Straße braucht, und wenn ja – wo, muss aus der Region selbst kommen. Daher hat die NÖ Landesregierung gemeinsam mit dem Regionalverband Waldviertel eine Plattform ins Leben gerufen, die sich dieser Fragestellung widmet. Abgeordnete aus ÖVP, SPÖ und FPÖ erarbeiten nun unter dem Vorsitz von Bgm. LAbg. Jürgen Maier und NR-Abgeordneten Maurice Androsch gemeinsam eine erste Entscheidungsgrundlage“, erklärt Straßenbau-Landesrat Ludwig Schleritzko. Als Basis für diese Entscheidungsgrundlage werden nun von Experten Studien erarbeitet, die sich vor allem mit den Themen aktuelle Verkehrszahlen, Standortpotenzial im Bereich Wirtschaft und Tourismus sowie ökologisch sensible Bereiche beschäftigen. Erste Ergebnisse dieser Studien sollen im Mai 2018 vorliegen.

## KURZMELDUNGEN AUS NIEDERÖSTERREICH

## JOBS FÜR JUGENDLICHE, DIE ES SCHWER HABEN

Das Projekt „POLEposition“ (Perspektive, Orientierung, Lernen, Entwicklung) soll benachteiligte oder behinderte Jugendliche und junge Erwachsene unterstützen, um in der Berufswelt Fuß fassen zu können. Auch asylwerbenden oder asylberechtigten jungen Menschen soll geholfen werden, eine passende Beschäftigung zu finden. „Grundwerte zu verstehen und zu akzeptieren sowie die Sprache zu erlernen, sind die wichtigsten Voraussetzungen für bestmögliche Integration“, betont Landesrat Karl Wilfing. Das seit Juli 2017 laufende Quali-

fizierungsprogramm von Land und AMS NÖ setzt am Spracherwerb an, bietet zusätzliche Möglichkeiten der Grund- und Höherqualifizierung und offeriert Maßnahmen wie soziale Unterstützung, Clearing, Berufsorientierung, Vermittlungsunterstützung und Sprachvermittlung. Zwei der insgesamt drei Einzelprojekte beziehen sich auf die Regionen Waldviertel und Wien-Umgebung bzw. NÖ Süd, Mitte und West und zielen auf insgesamt 1.000 Jugendliche ab. Das dritte Projekt ist ausschließlich Asylwerbenden vorbehalten.

FOTO: NLK BURCHHART



Landesrat Karl Wilfing und Karl Fakler, Landesgeschäftsführer des AMS NÖ, mit einem im Projekt „POLEposition“ betreuten Jugendlichen im Bildungsinstitut ibis acam in Wien.

## NEUE SCHULHÖFE MACHEN KINDER AUSGEGLICHERER

Wenn Schulhöfe neu und attraktiv gestaltet werden, verbringen Schülerinnen und Schüler ihre Pausen öfter draußen. Und nach der Erholung im Freien fühlen sie sich – ebenso wie ihre Lehrerinnen und Lehrer – deutlich wohler. Das zeigt der Endbericht der Studie zur Förderaktion „Schulhöfe und Spielplätze in Bewegung“.

Das Lehrpersonal nimmt wahr, dass die Schülerinnen und Schüler nach einer Pause im Schulhof ausgeglichener, ruhiger und aufnahmefähiger sind – daher wird dann der Unterricht öfter im Freien abgehalten.

Die Studie zeigt auch, dass Schulgärten bei entsprechender Gestaltung ganzheitlich wirksame Lernorte sein können. Ansprechende Freiräume unterstützen ebenso die Kommunikation mit Freundinnen und Freunden, die den Kindern und Jugendlichen ausgesprochen wichtig ist.

## IMPRESSUM:

**Herausgeber:**

NÖ GEMEINDEBUND  
(Kommunalpolitische Vereinigung - KPv)  
3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4

**Mit der Herausgabe beauftragt:**

Landesgeschäftsführer  
Mag. Gerald Poyschl

**Medieninhaber:**

Österreichischer  
Kommunal-Verlag GmbH., 1010, Wien,  
Löwelstraße 6, Tel.: 01/532 23 88-0,  
Fax: 01/532 23 88-22

www.kommunalverlag.at

**Geschäftsführung:**

Mag. Michael Zimper

**Chefredakteur:** Mag. Helmut Reindl,

E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at

Mitarbeit: Sotiria Peischl M.A.,

Prof. Dr. Franz Oswald,

**Grafik:** Österreichischer Kommunal-Verlag,  
Thomas Max

E-Mail: thomas.max@kommunal.at

**Anzeigenverkauf:** Tel.: 01/532 23 88-0

Sabine Brüggemann, E-Mail:

sabine.brueggemann@kommunal.at

Martin Mravlak, E-Mail:

martin.mravlak@kommunal.at

Martin Pichler, E-Mail:

martin.pichler@kommunal.at

**Fotos:** NÖ Landeskorrespondenz, Erwin

Wodicka (www.bilderbox.com),

www.shutterstock.com

**Hersteller:**

Leykam Druck, 7201 Neudörfel

**Erscheinungsort:** 2700 Wr. Neustadt

**Auflage kontrolliert:** 12.800 Exemplare.

Direktversand ohne Streuverlust an folgende Zielgruppen in NÖ: Mandatarte und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebeamte). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Beamten der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder des Medieninhabers decken.

Dr. Christian Koch, Abteilungsleiter öffentliche Finanzierungen

# BESTE FINANZIELLE LÖSUNGEN FÜR IHRE GEMEINDE: ICH BIN FÜR SIE DA.



**HYPO NOE**

Mit Sicherheit unsere Bank.

Diese Marketingmitteilung wurde von der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG, Hypogasse 1, 3100 St. Pölten, erstellt und dient ausschließlich der unverbindlichen Information. Die Produktbeschreibung erfolgt stichwortartig. Irrtum und Druckfehler vorbehalten. Stand 1/2018. **Werbung**

Eine Information der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG

[christian.koch@hyponoe.at](mailto:christian.koch@hyponoe.at)  
[www.hyponoe.at](http://www.hyponoe.at)